

## **Teil IV: Erweiterungen und Vertiefungen**

### **4. Tagesdarstellung und -analyse der „Bild“-Berichterstattung vom 29. Januar bis 30. Juni 2010**

**Hans-Jürgen Arlt, Wolfgang Storz**

## **Drucksache „Bild“ – Eine Marke und ihre Mägde**

**Die „Bild“-Darstellung der Griechenland- und Eurokrise 2010**

**Eine Studie der Otto Brenner Stiftung  
Frankfurt/Main 2011**

## Teil IV: Erweiterungen und Vertiefungen

1. „Ich hoffe, dass in den Verlusten auch ein Zeichen von Abwendung steckt“  
Interview mit Günter Wallraff

---
2. Befunde und Deutungen der „Bild“-Berichterstattung über die Griechenland- und Eurokrise 2010 im Detail: Handwerk und Machart

---
3. Befunde und Deutungen der „Bild“-Berichterstattung über die Griechenland- und Eurokrise 2010 im Detail: Inhalte

---
- 4. Tagesdarstellung und -analyse der „Bild“-Berichterstattung vom 29. Januar bis 30. Juni 2010

---
5. Die „Bild“-Herbst-Serie „Wie Griechenland den Euro bekam“

---
6. Die „Bild“-Kampagne in der öffentlichen Debatte – einige Funde

---
7. Chronologisches zur Griechenland- und Eurokrise

---

Neben diesem Teil IV, der die empirische Analyse und die inhaltliche Bewertung der „Bild“-Darstellung der Griechenland- und Eurokrise 2010 in der Printfassung erweitert und vertieft, informiert die Otto Brenner Stiftung unter [www.bild-studie.de](http://www.bild-studie.de) laufend und zeitnah über die Studie.

Wir machen Reaktionen auf die Studie öffentlich zugänglich, stellen Material zur Studie zur Verfügung, kündigen Termine von Veranstaltungen zur Studie an und verlinken zu interessanten Seiten, die sich auch mit „Bild“ beschäftigen.

## 4. Tagesdarstellung und -analyse der „Bild“ – Berichterstattung vom 29. Januar bis 30. Juni 2010

Ende Januar beschäftigt sich „Bild“ im weitesten Sinne mit dem Untersuchungsthema „Griechenland- und Eurokrise“ anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels in Davos. „Bild“ befragt am 29. Januar, Titel auf Seite 1, „10 Top-Manager“ zu der Frage: „Kommt eine neue Wirtschaftskrise?“

Das Thema wird auf Seite 2 ausführlich behandelt mit den Stellungnahmen der Manager und einem Kommentar. Die Stellungnahmen, in denen die meisten Manager von einem anstehenden schwierigen Jahr oder einer konkreten Krisenangst sprechen, stehen unter der Überschrift: „Die Angst vor der 2. Krise“ und „Die Gefahr ist noch lange nicht vorbei“.

In dem sachlich gehaltenen Kommentar heißt es, die Wirtschaft müsse sich wieder in den Dienst der Menschen stellen, die Welt brauche neben einer schärferen Kontrolle der Finanzmärkte „Manager, die sich wieder als ehrbare Kaufmänner verstehen. Die für ihre Mitarbeiter sorgen, sie anständig bezahlen und genug junge Menschen ausbilden“. Milliarden Gewinne und Niedriglöhne, das verstehe niemand mehr.

In der Ausgabe vom 30. Januar wird im Kommentar auf Seite 2 die künftige Linie der Berichterstattung über die Griechenland-Krise umrissen (vgl. dazu oben, Abschnitt 2.5, Beispiele).

Begleitet wird dieser Kommentar von einem kurzen und einem der wenigen nachrichtlich gehaltenen Texte mit der Überschrift: „Roland Berger sieht Euro nicht in Gefahr!“

Am 1. Februar wird auf Seite 2 in einem vierspaltigen Text – die Headline: „Korruption! Ohne Schmiergeld läuft in Griechenland fast gar nichts mehr“ – das Thema Korruption in Griechenland aufgegriffen und zudem auf die Dramatik der Lage hingewiesen: „Die drohende Staatspleite Griechenlands (BILD berichtet) gefährdet den Euro immer mehr!“ Es wird die Frage gestellt, ob „NEUE MILLIARDEN“ überhaupt helfen, denn „Griechenland versinkt in der Korruption“. „Bild“ listet dann „die erschreckenden Fakten“ auf: den Umfang der Steuerhinterziehung, die alltäglichen Korruptionszahlungen, Schmiergeldzahlungen an den Staat, den Schuldenstand des Landes. Als Quelle werden für einen Teil der Zahlen Transparency International und die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ angeführt; für andere Daten gibt es keine oder nur vage Quellenangaben. In dem Text wird darauf hingewiesen, dass laut der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ gerade einmal 5000 der 11 Millionen Griechen ein Jahreseinkommen von mehr als 100.000 Euro angeben. Es heißt weiter: „Gleichzeitig prahlt Athen damit, die größte Dichte an teuren Porsche Cayenne in ganz Europa zu haben. In den Häfen der Hauptstadt liegen viele der dicksten Jachten des Mittelmeers.“ Diese beiden Sätze sind unterstrichen.

In der Ausgabe vom 9. Februar wird das Thema Euro-Stabilität aufgegriffen. Der Kommentar auf Seite 2 hat eine klare Position: „Das Vertrauen ist weg.“ Der Euro, „DIE neue Weltwährung“, sollte hart wie „die gute alte D-Mark“ sein; jetzt wanke er, der Kurs sei „wachsweich“ und „ein gefundenes Fressen für die Spekulan-

ten“. Der alleinige Grund: Das Vertrauen sei weg, „seit feststeht, dass Griechenland sich die Euro-Zugehörigkeit mit Lug und Trug erkauf hat.“ Auch hier wird dieser Sachverhalt via Wiederholungen sehr stark betont: „Mit gefälschten Statistiken und geschönten Zahlen – amtlich abgesegnet von der griechischen Regierung!“ Für die behauptete Schwäche des Euros wird als einziger Grund das Verhalten des griechischen Staates genannt.

Es sei hier angemerkt, dass zum Zeitpunkt des Kommentars der Eurokurs bei 1,37 Dollar lag; kurz zuvor lag er deutlich über 1,50, in den Jahren 2001 und 2002 jedoch deutlich unter einem Dollar. Es ist also sehr relativ, was unter einem wachweichen Kurs zu verstehen ist. Es bleibt, abgesehen von vielen anderen Fragen, die Frage, ab wann der Euro hart oder weich ist.

Aufmacher auf Seite 2 ist ein Interview mit Thomas Meyer, dem Chefvolkswirt der Deutschen Bank. Die Headline: „Ist der Euro in Gefahr?“ Die ersten Fragen sind sachlich-präzise auf die beiden Aspekte ausgerichtet: Gefahr für den Euro, Hilfe durch den Steuerzahler. Es folgen dann sofort andere Themen (Wachstum, Arbeitsmarkt), das heißt, zumindest in diesem Fall insistiert die Redaktion nicht, sondern fragt ab. Nicht nur dieses Beispiel legt die Vermutung nahe, dass die Headlines eine gesonderte Rolle spielen und von höchster Bedeutung sind. In diesem Fall ist das Interview mit dem Chefvolkswirt auf Seite 2 oben über alle Spalten überschrieben mit: „Ist der Euro in Gefahr?“ Das Wort ‚Gefahr‘ ist farbig hervorgehoben. Direkt darunter steht in der linken Spalte der Kommentar mit der Überschrift: „Das Vertrauen

ist weg“. Wenn die Redaktion die Absicht gehabt hätte, dass das Publikum sozusagen auf einen Blick beide Überschriften erfasst, um sich auf dieser Basis eine eigene Meinung zu bilden, dann hat sie alles getan, um dies dem Publikum möglich zu machen und nahezulegen.

Am 12. Februar erläutert „Bild“ auf Seite 2 anhand von sechs sachlichen Fragen: „Was bedeutet die Euro-Krise für uns Deutsche?“, so die Headline. Der fettgesetzte Vorspann, zusätzlich unterstrichen, lautet: „Die Euro-Staaten kämpfen um unsere Währung!“ Im Text selbst erfährt der Leser dann, dass die Währung seit Dezember 2009 etwa 15 Cent verloren hat; das heißt, der Euro befindet sich immer noch bei etwa 1,30 Dollar und damit seit Bestehen im oberen Drittel. Auch dieser Text behandelt bereits angesprochene Fragen in Form von erneuten Wiederholungen: „Die Euro-Krise – BILD beantwortet wichtige Fragen: Wer ist schuld an der Krise? Griechenland!“ Weiter: „Was bedeutet die Krise für den Euro? Der Euro wird weicher – aus Angst vor der Pleite Griechenlands!“ Es folgen die lebenspraktischen Fragen: Wird das Leben bei uns teurer, der Griechenland-Urlaub billiger. Und dann wird erstmals ein Thema angesprochen, das „Bild“ mit hoher Intensität weiterverfolgen wird: „Warum fliegt Griechenland nicht aus dem Kreis der Euro-Länder?“ Mit Bezug auf den FDP-Finanzexperten Frank Schäffler wird die Position vertreten: Wer sich reinmogelt, muss auch rausfliegen können.

Neben diesem Text, der Aufmacher auf Seite 2 ist, steht der Tages-Kommentar mit der Überschrift: „Achtkant raus!“ Aus dem Inhalt des Kommentars: „Die ach so stolzen Griechen haben getrickst, getäuscht und geprasst – und jetzt sind sie fast pleite.“ Auch hier wieder das besonders wiederholte Hervorheben der Statistikfälschungen. Dann geht es so weiter: Eigentlich müsse man die Griechen rauswerfen, das gehe aber nicht. Dann wenigstens: „Kein frisches Steuergeld“ den Griechen nachwerfen, die sollten „ihre Suppe selber auslöffeln. Am besten unter strenger Aufsicht.“ Denn wer den Griechen, die getrickst haben, helfe, der schade dem Euro und dem Vertrauen in ihn am meisten. Der Kommentator kommt dann zu der Einschätzung: „Es ist längst nicht ausgemacht, dass eine Pleite der Griechen den Euro sprengt.“ Bisher war die Einschätzung von „Bild“: Je schlimmer Griechenlands Lage, umso schlechter ist es um den Euro bestellt. Die neu gefestigte Linie von „Bild“ lautet damit: „Nur wer bei Griechenland hart bleibt, hält den Euro auch auf Dauer hart.“

Auch hier ist das Zusammenspiel mit den Headlines zu beachten. Der Leser, der oben links in die Ecke schaut, erfasst zwei Headlines: „Was bedeutet die Euro-Krise für uns Deutsche?“ und „Achtkant raus!“, damit hat er wieder die Hauptbotschaften, die „Bild“ vermutlich aussenden will, erfasst. So erfüllt beispielsweise die Headline des Kommentars „Achtkant raus“, die vom Text gar nicht gedeckt ist, eine eigenständige Funktion.

Am 15. Februar gibt es eine weitere Dramatisierung. Dieses Mal kämpfen die Regierungen

nicht um ‚unsere Währung‘, dieses Mal heißt es: „32 MRD. Schulden. Reißt Griechenland die deutschen Banken in die Pleite?“ Bereits der – zusätzlich unterstrichene – Fettvorspann dramatisiert: „Die Angst vor einem Kollaps Griechenlands wächst! Staaten, Versicherungen und Banken fürchten um ihr Geld!“ Nach diesem Vorspann folgt die Überleitung zu dem Text: „ES GEHT UM MILLIARDEN!“ Im Text selbst wird dann die Frage gestellt: „Kann eine Pleite Griechenlands die deutschen Banken gefährden?“ Dazu antworten Rudolf Hickel, der als Wissenschaftler vom Institut IAW vorgestellt wird, und Wolfgang Gerke, der als „Finanzexperte“ vorgestellt wird. Hickel sagt: „Für den unwahrscheinlichen Fall einer Staatspleite“ würden die Gläubiger, also Banken und Unternehmen, auf ihren Forderungen sitzen bleiben. Und Gerke fügt an: „Die Staatengemeinschaft wird eine Pleite nicht zulassen.“ Das heißt, es gibt hier wieder das Zusammenspiel von Headline und Text: Im Text wird die Headline von zwei sehr unterschiedlichen Experten klar demontiert. Also Überschrift und Text haben also inhaltlich nicht nur nichts miteinander zu tun, das eine ist vielmehr sogar das Dementi des anderen. Jedoch kann „Bild“ darauf verweisen, dass die Headline ja als Frage formuliert sei, und damit arbeitet die Redaktion – rein formal betrachtet –, korrekt. Es wird in dem Text auch das Thema des Austritts Griechenlands behandelt. Dazu sagt Gerke: „Die Griechen sollten die Eurozone verlassen und die alte Währung Drachme wieder einführen.“ Hickel wird ebenfalls dazu zitiert: „Ein Austritt wäre der Anfang vom Ende des Eurolandes.“ Und es wird

der „CDU-Wirtschaftsexperte Fuchs“ hinzugefügt, der sagt: Das Regelwerk der EU müsse so geändert werden, dass „zusätzliche Sanktionsmöglichkeiten bis hin zum Ausschluss möglich sind“.

Am 22. Februar berichtet „Bild“ unten auf Seite 1: „Deutschland will Pleite-Griechen mit bis zu 5 Milliarden helfen!“ Mit Bezug auf eine „Spiegel“-Meldung wird sachlich über erste Überlegungen von Bundesregierung und EU berichtet, Griechenland mit insgesamt 20 bis 25 Milliarden Euro zu helfen; wovon auf Deutschland dann etwa „20 % der möglichen Kredite und Bürgschaften entfallen [...]“. Erneut wird das Thema einer Insolvenz deutscher Banken angesprochen, mit Verweis auf eine Einschätzung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Diese Haltung wird so wiedergegeben: „Deutsche Finanzinstitute könnten durch eine Staatspleite von Portugal, Italien, Irland, Griechenland oder Spanien in akute Schieflage geraten.“

Am 25. Februar wird auf Seite 2 unten erstmals in einem mit einem freigestellten Foto (das Hauptmotiv wird dabei ohne Hintergrund gezeigt) bebilderten vierspaltigen Text über Auseinandersetzungen in Griechenland berichtet: „Griechen streiten und streiken, statt zu sparen.“ Das Foto, auf dem mehrere Polizisten einen einzelnen Demonstranten umringen und auf ihn einprügeln, trägt die Unterzeile: „Straßenschlacht in Athen!“ Der Fettvorspann lautet: „Griechenland – ein Staat versinkt im Chaos. Und wir müssen die Zeche für die Misswirtschaft bezahlen.“ (Zum Inhalt des Texts vgl. oben, Abschnitt 2.1, Beispiele).

In dem Text wird für „Bild“ vergleichsweise ausführlich der Vorwurf des griechischen Vize-Ministerpräsidenten behandelt, die Nazideutschen hätten Gold geraubt und nie zurückbezahlt. Und der „FDP-Finanzexperte Frank Schäffler“ spricht sich indirekt gegen Hilfen für Griechenland aus; die EU-Verträge ließen dies nicht zu. „Bild“ verweist darauf, dass die Liberalen eine Änderung der EU-Verträge „diskutieren“, um es möglich zu machen, einen Austritt aus dem Euro zu erzwingen. Der Einstieg in die letzte Spalte, in der die Debatte über den Ausschluss von Griechenland geschildert wird, beginnt mit dem Satz: „Kein Wunder, dass der Widerstand gegen Hilfen für den maroden Mittelmeerstaat wächst.“

Am 1. März macht „Bild“ die Seite 2 mit dem bebilderten Text auf: „So verbrennen die Griechen die schönen Euros ... lesen Sie mal, was die sich alles leisten“. Die Stichworte: 30 Prozent der Wirtschaft werden schwarz abgewickelt, „jährlich 30 Mrd. Euro an Mehrwertsteuer unterschlagen“. Steuerhinterziehung erscheine „wie ein Kinderspiel“. Es gebe „Traumenten“ mit „bis zu 95,7 % des letzten Gehaltes“. Dazu wird eine OECD-Rentenexpertin zitiert: „eine unglaubliche Zahl“. Bei etwa 300 Berufen gebe es Frühverrentungen. Es gebe mehr und höher bezahlte Parlamentarier als in Deutschland. Griechenland habe die höchste Staatsverschuldung in Europa. Eingeblockt ist ein farblich abgesetzter Kasten mit der Headline: „Muss Deutschland für die Griechen einspringen?“ Der erste Satz: „Kanzlerin Merkel (CDU) hat deutsche Milliardenhilfen für Griechenland abgelehnt!“ Die Position des „Ex-

Wirtschaftsweisen-Chefs Bert Rürup“ wird ausführlich als Zitat wiedergegeben: Griechenland müsse im eigenen Interesse geholfen werden, denn gehe es finanziell in die Knie, folgten andere Länder, und dann „wäre der Euro gefährdet“.

Am 2. März ist das Thema erstmals als Titel auf Seite 1: „Kurs sinkt immer weiter“ als Dachzeile und dann als Headline: „Machen die Griechen den Euro kaputt?“ Begleitet von der Illustration einer zerbrochenen 1-Euro-Münze. Der Vorspann auf Seite 1 beginnt: „Das griechische Schulden-Drama wird immer mehr zu einer Gefahr für unseren Euro!“ Auf Seite 2 gibt es einen Text, mit dem „Bild“ „wichtige Fragen zur Euro-Krise“ beantwortet, unter der Headline: „Können wir den Griechen den Euro wegnehmen?“; die Dachzeile lautet: „Schuldenkrise gefährdet unsere Währung“. Es werden die schwerwiegenden Folgen einer Pleite Griechenlands beschrieben: Chaos auf den Finanzmärkten, steigende Inflation, die Währungsunion würde dies „nur schwer überstehen“. Dann die weitere von „Bild“ bereits oft thematisierte Frage: „Kann die EU Griechenland aus dem Euro wieder rauswerfen?“ Dieses Mal antwortet Otmar Issing, „Ex-Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank (EZB)“, der natürlich auf die Verträge verweist und dann die Option eröffnet: „Allerdings kann ein Land austreten, sowohl aus der Währungsunion als auch aus der EU insgesamt.“ Dieser Satz ist unterstrichen. Es wird zudem die Frage behandelt, wie Griechenland in die EU gekommen sei und dass „massiv getrickst“ worden sei (Antwort Issing: „Da hätte man viel genauer hinschauen müs-

sen“). Ob die EU wirklich helfen müsse, dazu zitiert „Bild“ Volker Wissing, FDP, Vorsitzender des Finanzausschusses, der meint, „der deutsche Steuerzahler“ dürfe nicht „die Zeche für zurückliegende Fehler der Griechen zahlen“; anschließend spricht Wissing aber von „Hilfe im Einzelfall“. Und der „Wirtschaftsweise Peter Bofinger“ sagt dazu: „Die Währungsunion darf sich weder von den Griechen noch von den Spekulanten auf der Nase herumtanzen lassen.“ Beigestellt ist ein Text: „So viel Geld bekommen die Griechen von der EU“. Darin werden im Einzelnen die Zahlungen der EU aufgelistet: Zwischen 2004 und 2008 habe Griechenland insgesamt 35 Milliarden Euro an EU-Hilfen erhalten, davon 7 Milliarden Euro aus Deutschland. Die Hilfen gingen vor allem in die Landwirtschaft und in die Baubranche. So habe Letztere von 2000 bis 2006 insgesamt 26 Milliarden Euro für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur erhalten.

An diesem 2. März gibt es jedoch eine neue Perspektive: „Dreister geht’s nicht“, lautet die Überschrift des Kommentars auf Seite 2, und erstmals werden die Griechen zwar eingangs erwähnt („Die Tricks und satten Sünden der Griechen sind eins ...“), stehen aber gar nicht im Mittelpunkt: Gemeint sind die Spekulanten, „die Banken und Milliardenfonds“, die zum Schaden Europas und des Euros „auf den Untergang eines ganzen Staates wetten“. Dies sei „mindestens ein ebenso großer Skandal“ wie das Verhalten „der Griechen“. Deshalb müsse die Politik den Verantwortlichen „das Handwerk legen“. Der Schlusssatz: „Es kann nicht sein, dass der ganze Euro wackelt, weil die Fi-

nanzspekulanten schon wieder den Hals nicht voll kriegen.“

Am 3. März berichtet „Bild“ auf Seite 2 über die Hilfe-Anfrage: „Griechenland bettelt die EU um Hilfe an!“ Der Text berichtet sachlich über aktuelle Abläufe und vermittelt die folgende Lage: Westerwelle lehne Hilfen eigentlich ab, aber Merkel und Westerwelle berieten, ebenso wie EU-Gremien, wie eine Pleite Griechenlands verhindert werden könne; sozusagen Pleiteverhinderung ohne Hilfe.

Als Aufmacher der Seite 2 gibt es einen mit mehreren Porträtfotos bebilderten Bericht mit der Dachzeile „Jetzt sprechen Griechen in BILD“ und der Headline „Die Deutschen sollen uns in Ruhe lassen“. In einem kurzen Fettvorspann heißt es: „Griechenland bedroht den Euro – jeden Tag hagelt es heftige Kritik an Schlendrian, Trickseriei und Verschwendung. BILD-Reporter waren in Athen, haben bei den Menschen nachgefragt – und heute reden Griechen in BILD. Es werden dabei junge und ältere Griechen aus verschiedenen Berufsgruppen zitiert, welche aus sehr unterschiedlichen Betrachtungsweisen, Erfahrungen und Motiven jedoch durchweg in einem einig sind: Sie bitten sich die Einmischung und Kritik der Deutschen.

An diesem 3. März legt sich „Bild“ erstmals eindeutig fest: „Kein Geld für Griechenland!“ ist der Kommentar überschrieben. Die Argumentation: „Das Schuldendesaster Griechenlands ist die bislang größte Krise für den Euro.“ Das Land müsse sich selbst helfen, es dürfe weder von Deutschland noch von der EU Staatskredite oder Finanzhilfen erhalten. Das sei

„Griechenlands letzte Chance“. Die beiden Gründe: „Griechenland hat die gesamte EU über Jahre belogen und betrogen. Das Land lebt weit über seine Verhältnisse.“ Deshalb sei es so wichtig, „dass die Bundesregierung Staatshilfen ausschließt und die Griechen zum Sparen zwingt“. Der Schluss: „Hoffentlich bleibt es dabei. Daran werden Merkel und Westerwelle von den Steuerzahlern gemessen!“

Ein Tag später, am 4. März, lautet der Aufmacher auf Seite 2: „Die Regierung in Athen will jetzt kräftig sparen – aber was, wenn das nicht reicht?“, so lautet die Dachzeile und die Headline „Verkauft doch Eure Inseln, Ihr Pleite-Griechen ... und die Akropolis gleich mit!“ In dem Text wird gleich zu Beginn im gefetteten und unterstrichenen Vorspann positiv auf das Sparpaket eingegangen: „Jetzt machen die Griechen ernst, um ihr Land vor dem Bankrott zu retten, ohne auf EU-Hilfe angewiesen zu sein!“ Es sei jedoch noch viel zu wenig, deshalb der Vorschlag, „auch wenn es vielleicht verrückt klingt ...“, aber wenn „wir den Griechen doch noch mit Milliarden Euro aushelfen müssen“, dann sollten sie etwas hergeben. Sie hätten „3054 Inseln, nur 87 davon bewohnt“. Es gebe dafür auch einen Markt: Es wird ein Hamburger Maklerbüro genannt, das solche Inseln anbiete. Und der geschätzte Wert der Akropolis wird von „Bild“ mit „100 Mrd. Euro“ angegeben. Der „FDP-Finanzexperte Frank Schäffler“ wird ausführlich zitiert: Die Kanzlerin dürfe keine Hilfen versprechen, sonst beginge sie einen Rechtsbruch. Und der griechische Staat müsse sich radikal von Beteiligungen und Grundbesitz trennen. Der CDU-Mittelstands-

chef Josef Schlarmann schließt sich dem an: „Ein Bankrotteur muss alles, was er hat, zu Geld machen – um seine Gläubiger zu bedienen.“

Am 5. März legt „Bild“ auf Seite 2 noch einen Zahn zu: Ein „Bild“-Reporter gibt in Athen den deutschen Test-Bettler und bittet Griechen um einige Euros. Die Überschrift dieses Textes: „BILD macht Bettel-Test in Athen“.

Franz Josef Wagner greift erstmals mit seiner Kolumne ein und schreibt sehr versöhnlich: „Liebe Griechen“. Er listet die Errungenschaften der Griechen über viele Zeilen auf, fragt sich, „wie das einst klügste Volk der Erde so vor die Hunde gehen kann“ und wo seine Helden heute seien.

Und im Aufmacher auf Seite 2 schreibt „Bild“ unter der Dachzeile „Ihr griecht nix von uns!“ in griechisch anmutenden Lettern (Headline: „Hier schreibt BILD an Griechenlands Pleite-Premier“) einen offenen Brief an den Premier, der an diesem 5. März nach Berlin kommt. In dem Artikel zu diesem offenen Brief wird unter anderem der CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt zitiert: „Wir bleiben beinhart dabei: kein deutscher Steuer-Euro nach Griechenland!“ In diesem Text wird erstmals differenziert: Die griechischen Gewerkschaften „laufen derweil Sturm gegen das strenge Sparpaket der Regierung“.

Und „Bild“ beschäftigt sich in diesem Text auch mit den selbst produzierten Ereignissen: „Für großen Wirbel“ hätten Forderungen von Politikern gesorgt, Griechenland solle Firmenanteile und Inseln verkaufen („BILD berichtete“). Andere Politiker hätten dies zurückgewiesen.

In dem offenen Brief beschreibt „Bild“ ein arbeitsames und sparsames Deutschland, das nicht betrüge, wo es keine Schmiergelder gebe, dessen Menschen arbeiteten „bis sie 67 Jahre alt sind“. Und: „Wir wollen Freunde der Griechen sein.“ Deshalb habe „Deutschland seit dem EU-Beitritt netto um die 50 Milliarden Euro für Ihr Land gegeben“. Zu einer Freundschaft gehöre, dem anderen offen die Meinung zu sagen. Für eine Rückantwort lege die Redaktion „eine passende Briefmarke“ bei, „schließlich wollen wir Ihnen beim Sparen helfen“.

Ein Interview mit dem SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel trägt die Überschrift: „Deutschland darf nicht für die Zocker bluten“; die Dachzeile lautet: „BILD-Interview mit SPD-Chef Sigmar Gabriel“. Die Botschaft von Gabriel: Die Griechen müssten sparen, den Griechen müsse geholfen werden, „aber nicht dadurch, dass wir Geld nach Athen überweisen. Das wäre falsch und verantwortungslos“. Hilfe für Griechenland bestehe darin, den Spekulanten das Handwerk zu legen, aber das Problem sei: „Es sind die Freunde und Spender von Angela Merkel und Guido Westerwelle, die daran verdienen. Deshalb passiert ihnen nichts.“

Am 6. März berichtet „Bild“ auf Seite 2 über die Reaktion des griechischen Premiers auf die Berichterstattung in „Bild“: „Papandreou will Inseln nicht hergeben“. Er lehne es ab, diese zu verkaufen. Er und Merkel hätten vereinbart, gegen Spekulanten vorzugehen. Der nicht sehr lange Text lässt trotzdem Platz, um darüber zu informieren, wo der Premier übernachtete – „im feinen Hotel Adlon, 70-qm-Suite mit Blick

aufs Brandenburger Tor“ – und was es zu essen gab – „Rinderbrühe und Maispoularde“ – im Kanzleramt. Der Text endet: Beim Abendessen habe Merkel noch einmal klargemacht: „kein deutsches Steuergeld für das fast bankrotte Griechenland“. Und was ist dieser Satz: natürlich gefettet.

In einem langen Text beantwortet „Bild“ an diesem Tag die Frage: „Haben die Griechen Anspruch auf Kriegs-Entschädigung?“ Eingeleitet wird der Text mit dem Fettvorspann: „Im Streit um mögliche Unterstützungs-Maßnahmen der EU für Griechenland richtet sich die Wut der Griechen jetzt zunehmend gegen uns Deutsche.“

Dann heißt es: „BILD KLÄRT AUF!“ Gefettete Großbuchstaben. Die detaillierte Antwort geht über zwei lange Spalten. Die Bilanz lautet in mageren Großbuchstaben: „NEIN!“

Am 8. März behandelt „Bild“ auf Seite 2 in einem längeren Zweispalter am Fuß der Seite das Thema Spekulation: „Also doch! Spekulanten wetten auf Pleite Griechenlands“. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) habe Hinweise darauf. Es wird sachlich und knapp mit Verweis auf den „Spiegel“ das Problem der Kreditausfallversicherungen erläutert und die Kanzlerin zitiert, die künftig dagegen vorgehen wolle. Namen von Spekulanten werden nicht genannt.

Am 9. März spielt auf Seite 2 schon wieder die eigene Berichterstattung eine Rolle, dieses Mal sogar in einem kompletten vierspaltigen Text: „So entschuldigt sich der Bundestagspräsident bei den Griechen“, lautet die Headline. Norbert Lammert hatte sich in einem Brief an

seinen griechischen Amtskollegen für hämische Kommentare in deutschen Medien entschuldigt. Der Text beginnt: „Hat er sich etwa so über BILD geärgert?“ Und dann: Während sich alle um Griechenland und den Euro sorgten, sorge Lammert für: „Gut Wetter bei den Griechen!“

Am 10. März geht „Bild“ im Aufmacher auf Seite 2 sehr ins Detail: „Der Irrsinn mit dem EU-Währungsfonds“ (EWF). Die Unterzeile lautet: „Wird der EU-Vertrag ausgetrickst, damit wir am Ende doch zur Kasse gebeten werden?“ Mit vielen Zitaten von Experten aus anderen Medien, wie dem „Handelsblatt“ und der „Süddeutschen Zeitung“, wird der Frage nachgegangen, was es mit diesem Vorhaben auf sich hat. Gleich zu Beginn steht in dieser Analyse die Position von „Bild“: „Der EWF als Rettungsanker für alle Schummel- und Pleite-Staaten Europas – DARUM DARF DER EWF NICHT KOMMEN“. Und dann folgen die Gründe. Der Schlusssatz, natürlich gefettet und unterstrichen: „Das wäre der EWF: ein Europäisches Währungsfass ohne Boden ...“

Am 11. März behandelt „Bild“ als Aufmacher auf Seite 2 sehr ausführlich die Frage, wer Nachfolger Jean-Claude Trichets, des Chefs der Europäischen Zentralbank (EZB), werde. Die Headline: „Kampf um die Euro-Bank“. Es sei um diese Frage „ein Machtkampf entbrannt“. Es gebe zwei Kandidaten: den Deutschen Axel Weber, Bundesbankpräsident, und Mario Draghi, Italiens Notenbankchef. Ein Text listet auf, warum es „dieser Deutsche [...] werden muss“ (linke Headline), und der andere Text listet auf, warum es „dieser Italiener auf gar keinen Fall“

(rechte Headline) werden darf. Für Weber spricht: Er ist für einen harten Euro. Deshalb ist er gegen den Plan von Finanzminister Schäuble und Kanzlerin Merkel, einen Europäischen Währungsfonds einzurichten. Er sei mit einer harten Währung aufgewachsen, der D-Mark. Die beiden gefetteten Schlusssätze: „Nur ein harter Euro ist ein guter Euro. Nur ein harter Hund ist ein guter EZB-Chef.“

Diese Argumentation zeigt noch einmal, dass „Bild“ ohne Begründung davon ausgeht, dass der Euro jetzt eine weiche Währung sei. Das spricht gegen Mario Draghi: „Ein Italiener! Ausgerechnet!“ Er sei ein Mann der Lira, „dieser Währung mit den unendlich vielen Nullen [...]. Das darf ja wohl nicht wahr sein.“ Gegen seinen Vorgänger im jetzigen Amt ermittle die Staatsanwaltschaft. Er sei Investmentbanker bei Goldman Sachs gewesen, jener Bank, „die den Griechen ab 2001 behilflich war, mit dubiosen Finanzspekulationen ihre Schulden für die EU zu frisieren“. Er sei zwar dort für Geschäfte mit Staaten zuständig gewesen, will „mit dem Griechen-Schummel aber nichts zu tun gehabt haben. Ja, nee – isse klar [...].“ Vizepräsident der EZB solle übrigens ein Portugiese werden. „Das wäre dann eine tolle, vertrauenswürdige EZB mit zwei Vertretern der schlimmsten Schuldenstaaten Europas an der Spitze [...].“

Am 12. März berichtet „Bild“ auf Seite 2 unten, versehen mit zwei Fotos, über Streiks und Demonstrationen in Griechenland: „Generalstreik, Straßenschlachten! Das verstehen die Griechen unter Sparen“. Im Kommentar „Dann sind sie selber schuld!“ wird differenziert: Es gibt die Regierung, die mit dem Rücken

an der Wand stehe und nicht einknicken dürfe. Und es gibt „den störrischen Teil der Bevölkerung“, gegen den sie sich durchsetzen müsse; offensichtlich gibt es auch einen nichtstörrischen Teil. Der Kommentar klopft zwei Positionen noch einmal fest: Ein Europäischer Währungsfonds helfe nicht. Die Griechen müssten glaubwürdig werden, und dies gelinge ihnen nur, „wenn sie selber den Sumpf trockenlegen. Die neue Regierung hat das begriffen. Sie erwartet keinen Cent von uns!“

Am 15. März dann ein großes Interview mit Finanzminister Wolfgang Schäuble: Die Dachzeile lautet „Finanzminister Schäuble fordert im BILD-Interview“ und die Hauptzeile „Pleiteländer notfalls raus aus dem Euro!“ Eine harmlose Frage jagt die andere: Gesundheitszustand, Krisenmanagement vom Bett aus, wie entscheiden EU-Finanzminister, wozu EWF, Verträge ändern, was sagt die Kanzlerin, was gegen Spekulanten tun, wie in Deutschland sparen? – ein absolut langweiliges Interview, keine einzige Nachfrage, alles sehr brav, bis auf diese Frage: „Bislang darf ja selbst der schlimmste ‚Sünder‘ den Euro behalten ... SCHÄUBLE: ... auch deshalb brauchen wir schärfere Regeln, d. h. im äußersten Notfall auch die Möglichkeit, dass ein Land, das seine Finanzen partout nicht in Ordnung bringt, aus dem Euro-Verein ausscheidet. Eine solche Aussicht allein sorgt schon für eine ganz andere Disziplin.“ Das reicht für die Hauptzeile.

Der Kommentar an diesem Tag: „Schäuble hat recht“. Die Argumentation: Schäuble habe recht, wenn er mehr Stabilität fordere. Der Euro müsse werden wie die D-Mark: „die härteste,

die stabilste Währung“. Deshalb brauche Euro-land „klare ‚Verkehrsregeln‘, [...] einen harten ‚Bußgeldkatalog‘ und [...] eine ‚Finanzpolizei‘, die hart kontrolliert. Wer nicht mitzieht, für den gibt es nur eins. Raus aus dem Euro – und zwar schnell!“

Am 17. März dann der Text: „Griechen die Griechen jetzt doch noch Geld?“ Der Vorspann: „Die Europäische Union bereitet sich auf einen Bankrott Griechenlands vor, bastelt hinter den Kulissen an Notfall-Finanzhilfen. KRIEGEN DIE GRIECHEN AM ENDE DOCH NOCH GELD? BILD klärt die wichtigsten Fragen.“ Das sind dann die folgenden: Was beschlossen die Euro-Finanzminister? Was ist mit „bilateraler Hilfe“ gemeint? Wie steht die Bundesregierung dazu? Und so weiter. Ein recht sachlicher Text, der lediglich mit seiner Headline belegt, dass „Bild“ auch mitten in der Krise auf Kalauer und ein bisschen Unterhaltung nicht verzichten will.

Am 24. März wird es dann ernster: „Frau Merkel, bleiben Sie bei Ihrem Nein!“ Die Kanzlerin ist auf ihrem Sitzplatz im Parlament abgebildet, und vor ihr tanzen die Neins in allen Sprachen der EU-Staaten. Die Bildunterzeile lautet: „Eiserne Kanzlerin: Angela Merkel (55, CDU) weigert sich, Milliardenhilfen an Griechenland zu zahlen.“ Und etwas weiter unten: „Soll Merkel bei ihrem Nein bleiben? Stimmen Sie ab auf [www.bild.de](http://www.bild.de)“. Der Vorspann des Textes: „Die EU-Partner bitten, drängen und drohen. Aber Angela Merkel will hart bleiben.“ Und der Text geht weiter: „Kein Geld für das vor dem Bankrott stehende Griechenland! Zeit gewinnen! Mit durchgedrücktem Rücken fährt die

Kanzlerin morgen zum EU-Gipfel. Und will NEIN sagen.“

Am 25. März haut „Bild“ in die gleiche Kerbe: „Nie wieder Zahlmeister Europas! An unserer Kanzlerin beißt sich Europa die Zähne aus“. Daneben beinahe seitenhoch abgebildet die Otto-von-Bismarck-Statue in Hamburg mit dem Kopf von Angela Merkel und der Bildunterschrift: „Steinhart, unbeugsam, wehrhaft: Angela Merkel (55, CDU) von BILD in die Pose des ‚Eisernen Kanzlers‘ Bismarck versetzt.“ Das von Merkel nie ausgesprochene definitive Nein stilisiert „Bild“ zu einem heldenhaften Kampf gegen dasjenige, was „Bild“ als bisherige deutsche Europa-Politik bezeichnet: „Deutschland sagt Nein, wenn Europa ruft? So ist es! Der Kampf der Kanzlerin gegen EU-Kredite für das fast bankrotte Griechenland wird zum Exempel, zum Wendepunkt: Nie mehr Zahlmeister, nie mehr Liebling Europas. Das ist neu.“ Und: „Tatsache ist: Merkel kämpft mit harten Bandagen gegen eilfertige EU-Finanzhilfen für die Griechen, hat dafür zwei Gründe: Deutschland müsste den Großteil der Zeche zahlen. Und der Euro wurde weich (gestern auf 10-Monats-Tief), der Stabilitätsvertrag endgültig gebrochen.“ Bisher habe Deutschland es immer vermieden, allein zu stehen in der EU. Und nun: „Damit bricht Angela Merkel. Den Kampf gegen EU-Gemeinschaftshilfe für Griechenland hat sie weitgehend isoliert begonnen und zwingt nun die Partner auf Linie. Motto: Beim EU-Gipfel heute fallen keine Entscheidungen. Ohne mich geht hier nichts [...]“

Die entscheidende Frage ist: Ist „Bild“ naiv? Denn die deutsche Kanzlerin hatte sich ja bereits auf den EU-Krisenmechanismus verpflichtet; „Bild“ hatte am 17. März selbst darüber berichtet. Wie soll sie dann einen Kampf gegen EU-Hilfen führen? Oder macht „Bild“ auf Kosten der Kanzlerin ein publizistisches Geschäft, einfach so ausgedacht und ohne Haftung in der realen Politik? „Bild“ selbst spricht ja davon, Merkel kämpfe (nur) gegen „eilfertige EU-Finanzhilfen“. Aber „Bild“ arbeitet trotzdem an der ganz großen Bühne für Angela Bismarck.

Dann der 26. März: „24 Stunden Dauerschlacht um den Euro“. „Bild“ liefert das Protokoll „des dramatischen Tages“ nach dem folgenden Einstieg: „Es sind entscheidende Stunden: Für die EU, die Zukunft des Euro – und für Kanzlerin Merkel! Denn das Ringen um Hilfe für die Griechen ist auch IHR Kampf.“ Und in diesem Protokoll steht ganz selbstverständlich als Position von Merkel, in Form eines Zitates: „Ich schlage eine Kombination von IWF und bilateralen Hilfen vor.“ Um 18.30 Uhr war es dann so weit, sagt „Bild“, unterstrichen: „Auf eineinhalb Seiten wird fixiert, wie den Griechen im äußersten Notfall geholfen wird. Papandreou musste einlenken. Merkel hat gewonnen.“ Aber „Bild“ doch verloren, oder nicht? Eine ‚Eiserne Kanzlerin‘ gibt doch kein Geld. Warum hat sie dann gewonnen?

Am Tag danach, 27. März, feiert „Bild“ im Kommentar die „doppelte Kanzlerin“. Der Tenor: Wie sie sich auf EU-Ebene durchgesetzt habe, das sei „Champions League ganz oben“. Denn: 27 Staats- und Regierungschefs trafen

sich „in einer schweren Euro-Krise“. „Mittendrin Angela Merkel, die Ziele setzt und Grenzen. Die deutlich sagt, was sie will. Die für ihre Linie kämpft – und am Ende gewinnt.“ In Berlin setze sie sich in ihrer Regierung jedoch nicht so eindeutig durch, das sei „zu oft wie zweite Liga“. Die Sehnsucht von „Bild“ nach einer starken Führungsfigur ist wenigstens zu 50 Prozent gestillt.

Und der von „Bild“ konstatierte Erfolg von Kanzlerin Merkel – er besteht nach „Bild“-Lesart darin, dass es Hilfen nur „als ‚ultimo ratio‘ (allerletzte Lösung)“ gebe, so heißt es in dem den Kommentar begleitenden Text auf Seite 2 – lässt „Bild“ auch hoffen. „Lassen uns die Griechen jetzt endlich in Ruhe?“, so lautet die Headline. Im Fettvorspann wird der Erfolg der Kanzlerin in folgendem Stakkato-Satz zusammengefasst: „Griechenland gestützt, den Euro – vorerst – gerettet, die EU-Länder auf Linie gebracht.“ Dann folgt im Text erneut diese Frage in Großbuchstaben: „GEBEN DIE GRIECHEN JETZT RUHE?“ Offenkundig zufrieden, schildert „Bild“, wie schwer Merkel es den Griechen macht, bevor sie Hilfe erhalten: Erst müssen sie pleite sein, also von den Finanzmärkten keine Kredite mehr erhalten. Danach müssen sie beim IWF um Hilfe anfragen und dort harte Auflagen akzeptieren. Erst dann entscheiden die EU-Länder, „ob sie einzeln zusätzliche Darlehen gewähren“. Die Wertung von „Bild“: „Geschenkt wird den Griechen nichts.“ Sie fährt jedoch fort: „TROTZDEM: Im Fall der Fälle müsste Deutschland große Summen schultern.“ Und schlüsselt auf: Der IWF würde 10 Milliarden Euro aufbringen, die EU-Länder müssten etwa

17 Milliarden Euro aufbringen, davon Deutschland „Kredite von bis zu 5 Mrd. Euro“. Dann kommt die Beruhigung: „Aber damit rechnet derzeit niemand: An den Finanzmärkten sanken gestern die Zinssätze für Griechenland, der Euro stabilisierte sich.“ Es bleibt an diesem Tag der Entspannung und des Sieges auch noch Platz für zwei Fotos und einen Zweispalter: „Ein Blazer, zwei Farben“. Die Kanzlerin habe in Brüssel erst einen schlichten einreihigen Blazer in Kobaltblau und am Tag danach „ein verblüffend ähnliches Modell in Korallenrot“ getragen. Letztere Farbe gelte übrigens „als die Trendfarbe des Frühjahrs“.

Am 29. März legt „Bild“ nach: „Wirtschaft fordert“, so die Dachzeile und dann: „Pleitestaaten raus aus dem Euro“. Die einzige Quelle: Patrick Adenauer, Präsident des Familienunternehmer-Verbands. Er fordert: Pleitestaaten müssten raus, der Euro-Absturz sei nur mit harten Sanktionen zu vermeiden, die Strafe müsse „schmerzhaft sein“. Und: „Der deutsche Steuerzahler darf nicht zur Melkkuh für die griechischen Finanzprobleme werden. Es kann nicht sein, dass Deutschland immer den Großteil der Rechnung zahlt, wenn andere nicht ordentlich wirtschaften.“

Dann die Ausgabe vom 12. April, Seite 1, unten: „Bis zu 30 Milliarden! EU bereitet Notkredite für Griechenland vor“. Es wird knapp und recht sachlich über den Stand der Dinge berichtet: die Beratung der EU-Finanzminister; diese seien bereit, den Hilfe-Mechanismus in Gang zu setzen; es würde getestet, ob Griechenland noch Geld auf den Finanzmärkten erhält; der Hinweis, dass Griechenland für EU-Hil-

fe 5 Prozent Zinsen bezahlen müsste, Deutschland sich das Geld zu 3 Prozent leihen könne, weshalb Deutschland „beim Weiterreichen an die Griechen also zunächst kein Geld verlieren“ würde; zu dem präziseren Hinweis, dass Deutschland sogar Geld verdienen würde, dazu kann sich „Bild“ jedoch noch nicht durchringen.

Am Tag darauf, dem 13. April, dann die Wende. „Bild“ fragt auf Seite 2 ungläubig: „Kriegen die Griechen jetzt doch 8,4 Milliarden von uns?“ In einer kurzen Spalte berichtet „Bild“ über die Fakten. Dann folgen zwei Spalten, in denen das Vorgehen der Bundesregierung kritisiert wird. Der Einstieg von „Bild“, natürlich unterstrichen: „Kanzlerin Merkel (CDU) und Vize Westerwelle (FDP) haben bislang direkte Finanzhilfen für Griechenland ausgeschlossen. Deshalb gibt es scharfe Kritik an der Milliardenhilfe!“ Wen zitiert „Bild“ als scharfe Kritiker: Professor Sinn, Steuerzahler-Präsident Däke und zum Schluss Marie-Christine Ostermann, Verbandschefin der jungen Unternehmer, die im „Bild“-Fettdruck sagt: „Es ist unerträglich, dass wir Steuerzahler für notorische Schuldensünder wie Griechenland die Zeche zahlen sollen.“

Begleitet wird dieser Bericht, der wie überwiegend aus einer Ansammlung von Wertungen besteht, vom folgenden Kommentar: „Jeder Euro ist zu schade!“ Ein bemerkenswerter Kommentar, denn hier dementiert „Bild“ sich selbst und bringt sich wieder in die eigene Spur, aus der sie in den vergangenen Tagen offensichtlich selbst gesprungen ist. Am Pranger steht die Bundesregierung: Erst habe diese glasklar

Nein gesagt, „dann ein wachswieches ‚Nur im äußersten Notfall‘. Schließlich hieß es ‚vielleicht‘ – und jetzt müssen die Griechen nur noch zugreifen.“ Es stehe nun im Raum, dass Deutschland 8 Milliarden Euro Kredit geben müsse. Das Geld würde nur versickern, denn die Griechen hätten bisher zu wenig getan: „Der Staat ist eine Regentonnen mit tausend Löchern.“ „Und dafür sollte uns JEDER EURO zu schade sein.“

So kritisiert sich „Bild“ selbst, ohne den eigenen Irrtum einzugestehen: „Angela Merkel hat sich beim Gipfel in Brüssel Ende März festgelegt wie selten zuvor. Nein, njet, no – und wurde dafür als ‚Eiserne Kanzlerin‘ gelobt. Zu voreilig!“ Zu beachten ist: Merkel hatte sich eben in Brüssel nicht auf ein Nein festgelegt, sondern auf einen Hilfe-Mechanismus. Darüber hatte „Bild“ selbst vergleichsweise ausführlich und halbwegs korrekt berichtet. Zugleich hatte „Bild“ dies damals als einen Erfolg gefeiert und so getan, als komme die Verabredung eines Hilfe-Mechanismus faktisch einem Nein zur Griechenland-Hilfe gleich. Da „Bild“ selbst zuvor die deutsche Politik auf ein Nein festgelegt hatte, konnte das, was „Bild“ als Erfolg feierte, in den Augen der „Bild“-Macher eigentlich gar kein Erfolg sein. Hat „Bild“ diesen Widerspruch 14 Tage lang gar nicht bemerkt? Und ist „Bild“ jetzt erst aus ihrem irrümlichen ‚Erfolgsrausch‘ aufgewacht? In diesem Kommentar wird nun, offenkundig um die eigene Linie zu retten, auf Kosten der Kanzlerin das Gegenteil dessen behauptet, was „Bild“ selbst berichtet hatte.

Am 14. April gibt es eine kleine Entspannung: „Griechenland besorgt sich frisches Geld“, meldet „Bild“ auf Seite 2 unten. Die deutsche Regierung prüfe trotzdem intensiv, wie sie helfen könne. Und es wird eine Liste der EZB abgebildet, welcher europäische Staat wie viel bezahlen müsse, von Deutschland (8,38 Mrd.) bis Malta (28 Mio.).

Am 20. April dann ein kleiner Zweispalter auf Seite 1: „Griechen-Krise! Bundesbank-Chef zieht Vergleich zu HRE-Pleite“. Der Inhalt: Der Bundesbankchef habe in einer Rede einen Vergleich mit der HRE-Bank gezogen, bei der auch erst nach und nach klar geworden sei, wie dramatisch die Lage wirklich war.

Am 21. April auf Seite 2 ein Dreispalter zum Thema: „Griechenland-Hilfe“ als Dachzeile; Überschrift: „Schäuble bei Fraktion abgeblitzt“. Der Inhalt: „Vier Wirtschaftsexperten“ bereiteten Klagen gegen die geplanten Hilfen beim Verfassungsgericht vor. Und der Geschäftsführende Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion habe die Idee von Finanzminister Schäuble abgelehnt, die Griechenland-Hilfe mit einem anderen Gesetzentwurf zu koppeln.

Die Summe steigt: „Pleite-Griechen. Muss Deutschland mehr als 30 Milliarden geben?“, fragt „Bild“ am 23. April auf Seite 2. Der Einstieg in den Text: „Griechenlands Finanzlage ist noch verheerender als bekannt!“ Der Grund für diese Feststellung: Nach Erhebungen der Statistikbehörde Eurostat liegt das Defizit von Griechenland für das Jahr 2009 „bei satten 13,6 % (gemessen an der Wirtschaftsleistung). Das sind 0,7 Punkte mehr als bisher erwartet

[...].“ Deshalb sei der Euro „auf 1,3261 Dollar“ gefallen, der tiefste Stand seit einem Jahr; die eigentliche Botschaft: „Bild“ rechnet bis vier Stellen hinter dem Komma. Über beinahe zwei Spalten kommt in diesem vierspaltigen Text der „FDP-Finanzexperte Frank Schäffler“ zu Wort. Deutschland müsse vermutlich „bis Ende 2012 über 30 Milliarden Euro Kredite bereitstellen“. Und: „Danach könnte es noch mehr werden. Griechenland ist ein Fass ohne Boden“.

Am 24. April erkennt „Bild“, dass es nun so weit ist: „Also doch!“ So die Dachzeile auf Seite 1 in griechisch anmutenden Lettern, gefolgt von der Headline: „Griechen wollen unser Geld“. Der Einstieg in den Text auf Seite 1: „Von wegen, die brauchen unsere Hilfe nicht!“ Der Vorgang: Griechenland hat offiziell Hilfe beantragt. Auf Seite 2 geht es weiter: „Hier bettelt der Grieche um unsere Milliarden“. Abgebildet ist der Premierminister vor Küste, Schiff und Bergen mit der Dachzeile, in griechisch anmutenden Lettern: „Sonne, 20 Grad, kein Geld“. Es wird knapp der Ablauf geschildert, die offizielle Stellungnahme des griechischen Premierministers wiedergegeben. Dann groß und fett mitten im Text: „ALSO DOCH, DIE GRIECHEN WOLLEN UNSER GELD! 30 MILLIARDEN VON DER EU, 15 MILLIARDEN VOM IWF.“ Merkel werde kalt erwischt, ihre Berater fragten, ob der Premier die Nerven verloren habe. Strenge Bedingungen, nicht so schnell, sage Merkel, Stabilität sei das Wichtigste. Die SPD wolle strenge Beratungen, Experten wie der Tübinger Wissenschaftler Joachim Starbatty bereiteten Klagen gegen die geplanten Hilfen vor; Starbatty erhält in diesem Text auch das längste Zitat, zu-

sätzlich gefettet und unterstrichen. Neben diesem Aufmachertext ein farbig unterlegter Zweispalter mit Zitaten: „Politiker, wie konntet ihr nur SO irren?“

Und daneben gibt es noch einen Kasten mit der Dachzeile: „Die wichtigsten Fragen zu den Pleite-Griechen“ und der Headline, wiederum in griechisch anmutenden Lettern: „Was kostet?“ In diesem Kasten klärt „Bild“ „die wichtigsten Fragen“. Sie lauten: „Warum kommen die Griechen gerade jetzt?“ Und: „Was kostet uns das?“ Und: „Müssen wir schon morgen zahlen?“ Und: „Was ist, wenn die Griechen die Kredite nicht zurückzahlen?“ Und: „Spielen die Griechen mit offenen Karten?“ Und: „Können die Griechen den Kreis der Euro-Länder verlassen?“

Ein Interview mit Kurt Beck, dem Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, wird auch ‚auf Griechenland getrimmt‘, lautet doch die Headline: „Stimmt die SPD der Griechen-Hilfe zu, Herr Beck?“ So lautet praktischerweise auch die erste Frage, auf die Beck nur sagt, die Bundesregierung sei am Zug. Wie immer in solchen Fällen erfolgt keine Nachfrage, nichts, sondern eine ziemlich abrupte Überleitung: „Reden wir über Deutschland [...]“. Und dann geht es um Beamtenpensionen, Steuerreform und Atomkraftwerke.

„Bild“ erkennt an diesem Tag, dass jetzt nur noch die Griechen selbst Deutschland helfen können: „Tretet aus, ihr Griechen!“, lautet die Überschrift des Kommentars. Ein überaus sachlicher, differenzierter und freundlicher Kommentar. Sein Thema: Kredite helfen nicht. Denn: „Griechenland ist derzeit leider ein Fass

ohne Boden – auch wenn der aktuelle Premierminister daran am wenigsten die Schuld trägt.“ Der Schluss daraus: „Darum ist die einzige wirkliche Lösung der klare Schnitt: Griechenland muss den Euro verlassen. Freiwillig. Im eigenen Interesse.“ Denn es sei in der Eurozone offenkundig überfordert. Griechenland habe außerhalb der Eurozone mehr Möglichkeiten, sich wirtschaftlich zu sanieren. Der Kommentar endet mit dem staatspolitisch getragenen Satz: „Griechenland, die Mutter aller Demokratien, gehört zu Europa. Auf Zeit aus dem Euro auszuweisen ist keine Schande, sondern würde alle Europäer neuen Respekt vor den Griechen lehren.“

Am 26. April lautet die Dachzeile: „BILD bei den Pleite-Griechen“, und dann weiter in griechisch anmutenden Lettern die Headline: „Krise? Welche Krise?“ Der Tenor des mit dem Foto einer Gastronomie- und Partyzeile bebilderten Berichtes des von „Bild“ nach Athen entsandten Korrespondenten: Dieses Land wolle viel Hilfe und habe Europa ins Währungschaos gestürzt. „BILD fuhr ins Land der Bankrotteure und Luxusrenten, Steuerhinterzieher und Abzocker.“ Nach wenigen Zeilen erfährt der Leser den Befund in Fett: „Von Krise keine Spur!“ Die geschilderten Begegnungen: gute Laune unter wohlhabenden Griechen in einem piekfeinen Casino; Taxifahrer und Zeitungsverkäufer, die Quittungen verweigerten; eine Rentnerin mit 3500 Euro Rente im Monat; Alkohol in Strömen im Athener Partyviertel; Müll auf der Straße wegen streikender Müllfahrer.

Begleitet wird diese Bestandsaufnahme von einem Zweispalter über den FDP-Parteitag: „Griechen-Hilfe ist kein Blanko-Scheck!“ Guido Westerwelle warnt vor „übereilten Hilfen an die Griechen: ‚Wir stellen keine Blanko-Schecks aus. Hilfe kann nur die ultimo ratio sein.‘ Europas Steuerzahler dürften nicht für die Fehler anderer geradestehen.“

Am 27. April lautet die Headline auf Seite 1: „Warum zahlen wir den Griechen ihre Luxusrenten?“ Auf Seite 2 unten wird dann geschildert: „So gut haben es Rentner in Griechenland.“ Mit Verweisen auf Daten von Eurostat, der OECD und der Deutschen Rentenversicherung wird folgendes Bild gezeichnet: Von den Verhältnissen in Griechenland „können viele in Deutschland nur träumen“. Pensionäre erhielten 70 beziehungsweise 80 Prozent ihres Durchschnittsgehaltes der letzten fünf Arbeitsjahre. Sie bekämen 14 Monatsrenten. Sie müssten sie versteuern, zahlten aber keine Pflege- und Krankenbeiträge. Es habe in den letzten Jahren immer Rentenerhöhungen gegeben. Bereits nach 35 Arbeitsjahren gebe es den vollen Rentenspruch. Überall in Deutschland liegen die Zahlen nach „Bild“ für die Betroffenen teilweise erheblich schlechter. Es wird allerdings nie eine absolute Zahl genannt, also wie hoch die Durchschnittsrente in Griechenland ist.

In einem weiteren Text (Headline: „Merkel: Deutschland hilft, wenn Griechen drastisch sparen“) werden wie gewohnt zugleich immer kommentierend die politischen Ereignisse skizziert: „Deutsche Milliarden für Griechenland: Jetzt geht es nicht mehr um das OB, son-

dern nur noch um das WANN.“ Merkel habe Hilfe zugesagt. Einen Austritt Griechenlands – „(will die CSU)“ – lehne sie ab. Es folgen kurze Hinweise, dass sich alles überstürze, dass die griechische Regierung für ihre Anleihen immer mehr Zinsen zahlen müsse. Und dann folgt der Auftritt von Hans Heinrich Driftmann, DIHK-Präsident, der in seinem sehr langen Zitat fordert: Kredite nur bei Nachweis eines belastbaren Sanierungskonzeptes; Einsetzung eines Sparkommissars „mit weitreichenden Überwachungskompetenzen“, der das „Controlling für die Umsetzung des Sparkonzeptes übernimmt“.

In dem Kommentar „Wer soll den Griechen noch glauben?“ wird das bekannte Thema in den Mittelpunkt gerückt, dass der griechische Staat falsche Angaben über den Zustand seiner Wirtschaft gemacht hatte, als die Entscheidung über den Beitritt in die Euro-Zone anstand: „Die Staatsbankrotteure in Athen haben über Jahre hinweg getrickst, getarnt, getäuscht, dass die Götter auf dem Olymp rot wurden.“ Im Kommentar wird dieser Sachverhalt in drei aufeinanderfolgenden Absätzen wiederholt. Der erste Absatz wurde bereits zitiert. Im zweiten Absatz wird derselbe Sachverhalt noch einmal geschildert, mit der neuen Charakterisierung, die griechischen Regierungen hätten „wie Prospektbetrüger“ gehandelt. Und dann folgt der dritte Absatz, in dem das Ganze noch einmal geschildert wird, mit dem neuen Hinweis: Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht mehr. Der Schluss: „So, wie es aussieht, werden es vor allem wir Deutsche (wer sonst?) sein, die einschenken – in ein Fass ohne Boden! Unsere ‚Eiserne Kanzlerin‘ verspricht, dass es deutsche

Hilfe nur gibt, wenn die Griechen endlich hart zu sparen anfangen. Aber wer soll den Griechen das noch abnehmen?“

Da „Bild“ letztlich über diese Ereignisse immer dasselbe berichtet, da es lediglich aus einer sehr engen Perspektive darauf schaut, ist der Druck hoch, etwas Neues zu produzieren. Und so ist der weitaus längste und großzügig bebilderte Text auf dieser Seite 2 einer Aktion von „Bild“ gewidmet: „Tschüs Euro! BILD gibt den Pleite-Griechen die Drachmen zurück“. Der „Bild“-Reporter verteilte mitten in Athen die alten Geldscheine, sie wurden ihm „förmlich aus den Händen gerissen“. Der Fettvorspann des Textes lautet: „Das fast bankrotte Griechenland soll raus aus dem Euro, fordern Experten und Politiker. BILD macht schon mal ernst, gibt den Griechen ihre alte Drachme (von 1831 bis 2001) zurück. Und das Irre: Viele jubeln und reißen sich darum [...]“. Am Ende des langen Textes, in dem mehrere Begegnungen mit Griechen geschildert werden und deren Sichtweise auf Drachmen aus deutscher Hand, wird noch behauptet: „Seit Tagen spekulieren griechische und englische Zeitungen darüber, dass die ‚Bank of Greece‘ angeblich bereits ein Notprogramm zur Rückkehr zur Drachme vorbereitet. Das wäre auch für unseren Euro das Beste [...]“.

Am 28. April lautet die Headline auf Seite 1: „Angst um unser Geld“ und „Griechen so gut wie pleite“ und „Auch Portugal stürzt in die Krise“ und „Aktien brechen in ganz Europa ein“. Der erste Satz des Textes lautet: „Reißen die Pleite-Griechen ganz Europa runter?“ Dieser Text wird auf Seite 2 unter der Headline

„Griechische Anleihen sind nur noch ‚Schrott‘“ weitergeführt. Mit der Herunterstufung sei Griechenland „praktisch pleite“. „Und das Finanz- und Politbeben breitet sich in ganz Europa aus.“ Mit einem großen Foto einer Demonstration in Athen ist ein Text bebildert, der die Headline hat: „Wir wollen nicht sparen!“ Im Text werden unterschiedliche Stellungnahmen („BILD sprach gestern mit den Demonstranten“) von Griechen wiedergegeben.

Auf Seite 2 erneut ein Kommentar, der für einen Austritt Griechenlands plädiert, wenn ein Rauswurf schon nicht möglich sei: „Der Euro darf nicht kaputtgehen“. Der Tenor: Es werde bei allem Durcheinander immer klarer, dass es nun „um alles“ gehe. Der Euro sei stabiler, als alle Kritiker gedacht hätten, „und eine mindestens so gute Währung, wie es die D-Mark war“. So müsse alles getan werden, um ihn zu schützen. Es seien sich doch alle einig: Künftig müsse ein Land raus, wenn es sich nicht an die Regeln halte. Der Schluss: „Wenn aber in Zukunft ein Rauswurf zur Not richtig ist, dann kann ein freiwilliger Austritt der Griechen heute nicht falsch sein. Wann begreifen die Regierungen das endlich?“

In einem weiteren Text („Griechen-Hilfe – Bundestag macht Tempo“) wird mit Verweis auf den „Wirtschaftsforscher Hans-Werner Sinn (ifo-Institut)“ darüber spekuliert, ob Deutschland einen erheblichen Teil seiner Kredit-Hilfe nicht wieder sehen werde. Und Merkel habe gesagt, das Land brauche vermutlich von 2011 an weitere Hilfen. „Und die Griechen? Laut einer Umfrage des TV-Senders ‚Mega‘ lehnen 60,9 % den Hilferuf ihrer Regierung ab, 70,2 %

wollen kein Geld vom Internationalen Währungsfonds (IWF).“

Am 29. April geht es ebenfalls bereits auf Seite 1 los: „25.000.000.000 Euro! Griechen wollen noch mehr Milliarden von uns!“ Es folgt als erster Satz des Textes die Frage: „Wird Griechenland für den Steuerzahler zum Fass ohne Boden?“

Auch die ganze Seite 2 ist diesem Thema gewidmet, oben grafisch mit einer Art Newsticker-Zeile aufgemacht: „+++Euro-Alarm+++ Euro-Alarm+++[...]“

Der Aufmacher mit großem Foto: „Hier erklären sie die Milliarden-Hilfe für die Pleite-Griechen“: Wolfgang Schäuble, Jean-Claude Trichet und Dominique Strauss-Kahn. Der für „Bild“ entscheidende Satz steht in fetten Lettern mitten in diesem Text: „Griechenland wird zum Fass ohne Boden!“ Vorher und nachher wird über das Krisenmanagement, die Vorwürfe der Opposition und die Prognose von Wirtschaftsminister Rainer Brüderle berichtet, bis 2012 brauche das Land 135 Milliarden Euro, aber es könnten auch mehr werden.

Das Interview mit dem Bundesbankpräsidenten ist überschrieben: „Wie gefährlich wird’s für den Euro, Herr Bundesbank-Präsident?“ Die Headline kehrt auch hier in leichter Variation als erste Frage wieder, die da lautet: „[...] ist der Euro in Gefahr?“ Und der Herr Bundesbankpräsident sagt: eigentlich nein. Das alles sei eine Belastung, ja, aber alle nationalen und europäischen Institutionen seien doch stark und stabil. Hier ist es wie immer: Es ist alles in Ordnung, keiner fragt nach, denn es ging ja nur um die Frage, nicht um die Antwort.

So fragt „Bild“: Können die Hilfen die Pleite aufhalten? Antwort: Ja, wenn die Griechen die Auflagen erfüllen. Müssen sich die Banken beteiligen? Jetzt nein, denn wir müssen schnell handeln. Wie groß ist das Risiko für den deutschen Steuerzahler wirklich? Antwort: Viele Worte, aber keines zu der Frage. „Wäre es besser, die Griechen würden den Euro vorerst verlassen?“ Antwort: Nicht möglich; harte Sanierung des Landes sei verträglicher als Austritt.

Es gibt einen Kasten über „Die Macht der Rating-Agenturen“. Es wird sehr sachlich und ohne ein kritisches Wort festgehalten, dass diese Agenturen Anlegern mit ihren Einstufungen helfen, „Kauf- oder Verkaufsentscheidungen zu treffen“. Sie analysierten nach der „politischen Lage, der Wirtschaftsdynamik, Aktienkurs, Schulden usw.“ Die Herabstufung der Griechen sei erfolgt, so darf ein Sprecher von Standard & Poor's erläutern, da das jetzige Umfeld es den Griechen erschwere, seine Schulden nachhaltig zu begrenzen.

Der bitterböse Kommentar gratuliert: „Glückwunsch, liebe Bundesregierung!“ Der Tenor: Die Regierung habe kein Geld für Rentner, Kindergärten, Parks, Schulen und Steuerenkungen. „Aber plötzlich haben unsere Politiker Milliarden Euro für die Griechen, die jahrelang über ihre Verhältnisse gelebt, sich den Euro erschummelt und Europa nach Strich und Faden belogen haben.“

Wagner schreibt über: „Arme Griechen“. Er beschäftigt sich mit der Korruption und hat einen Rat: „ERKENNT EUCH SELBST.“ Und: „Griechenland ist pleite, Ihr Griechen habt es pleite gemacht mit Eurer Schattenwirtschaft.“

Ein weiterer Text behandelt die Frage: „Wer macht sich in der Krise die Taschen voll?“, so die Headline. Hier klärt „Bild“ „wichtige Fragen“. Wer macht sich die Taschen voll? Deutsche Bank und Versicherungen haben Geld an Griechenland verliehen, dabei seien je nach Zins und Kurs „4,6 bis 33,2 % Rendite drin – zig Millionen“. Ob es reine Zocker gebe: Ja. Dann wird korrekt das Geschäft mit den Kreditausfallversicherungen skizziert.

Ganz unten auf der Seite wird gefragt: „Wer sind die nächsten Wackel-Kandidaten?“ Hier berichtet „Bild“ über das, was „internationale Finanzexperten“ sagen: Spanien, Portugal, Irland ..., seien die nächsten Kandidaten. Dabei stellt sich anhand der Daten im Text heraus: Irland ist stärker verschuldet als Griechenland.

Und die Kolumne ist dem Thema gewidmet: „Der Griechenland-Tag der Kanzlerin“, das Protokoll eines Tages mit vielen Terminen der Kanzlerin zum Thema Griechenland. „Bild“ ist eben immer und überall dabei.

Am 30. April berichtet „Bild“ auf Seite 3: „Griechen-Hilfe wird binnen einer Woche beschlossen“. Der Inhalt: Es gehe jetzt ganz schnell. SPD und Bundesländer stimmten auch zu. Merkel sage, es sei unausweichlich und schmerzhaft. Die Politik wolle die Banken bewegen, freiwillig einen Beitrag zu leisten. Und dann darf der CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt in einem knapp anderthalbspaltigen Zitat in diesem insgesamt vierspaltigen Text erläutern, wie hart man nun gegen „die Spekulanten“ vorgehen müsse, denn diese seien „der Gegner“.

In einem langen vierspaltigen Text wird auf Seite 3 erneut die Frage erörtert, „wie Griechenland die EU betrogen hat“. Es folgt eine Auflistung von einzelnen Subventionsbetrügereien in den vergangenen Jahren und die nochmalige Erläuterung der Statistikfälschungen.

„Bild“ führt an diesem Tag auf Seite 3 auch ein Interview mit dem Bundeswirtschaftsminister. Die Headline stellt unausgesprochen eine Verbindung zur Griechenland-Hilfe her: „Fällt die Steuer-Senkung jetzt aus, Herr Wirtschaftsminister“. Die erste Frage lautet: „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht“, heißt es. Warum sollten wir Athen noch vertrauen?“ Brüderle betont erst einmal, dass Griechenland, erhalte es Hilfe, streng überwacht werde.

Die zweite Frage mündet in den Punkt: „Sind die deutschen Steuerzahler der Zahlmeister Europas?“ Brüderle meint: „Genau dazu wird es nicht kommen.“ Dann kommt die Frage: „Wäre ein Austritt der Griechen aus dem Euro nicht das Vernünftigste?“ Brüderle: Das sei nicht vorgesehen und „nicht wünschenswert“. Und die letzte Frage: „Wenn jetzt wieder Milliarden an Hilfen fließen, macht das nicht die geplante Steuersenkung kaputt?“ Die verwegene Antwort von Brüderle: „Im Gegenteil – Sie stellen da einen falschen Zusammenhang her.“ Und weist dann darauf hin, dass dafür weder Schulden aufgenommen würden noch Haushaltsgelder flößen, sondern es sich um Gelder der Kreditanstalt für Wiederaufbau handle, die über Bürgschaften abgesichert würden.

Erstmals wird differenziert: Es geht nicht gegen die Griechen, sondern es geht gegen den Griechen. Ganz groß im Bild und in der Headline auf Seite 1: „Mit unserem Steuergeld“ und „Warum retten wir diesen Griechen-Milliardär?“ Auf Seite 1 beginnt der Text: Von der Hilfe der Eurostaaten und von Deutschland „ist ER einer der ganz großen Profiteure“. Der griechische Milliardär Spiros Latsis halte über sein Finanzimprium „mehr als zehn Milliarden Euro griechischer Staatsanleihen – für die WIR mit unserem Geld praktisch bürgen“. Auf Seite 3 wird dieser Text (Dachzeile: „Der reichste Grieche“ und Headline: „So profitiert er von unserem Geld“) weitergeführt. Im Fettdruck: „Er ist sehr, sehr reich. Und profitiert bald von sehr, sehr viel deutschem Geld [...]“. Über zwei Spalten wird sein Reichtum geschildert und permanent wiederholt, dass der deutsche Steuerzahler dessen Zinsgewinne garantiere. Der Schlusssatz ganz in Fett: „Heißt: Ab nächster Woche bürgt der deutsche Steuerzahler für einen griechischen Milliardär, macht ihm praktisch die Taschen voll.“ Bebildert ist dieser Text mit Fotos von dessen Privathubschrauber und Yacht.

Mit Foto und Textausriss berichtet „Bild“ auf Seite 3 zudem groß über Reaktionen in Griechenland: „Das berichtet die griechische Presse über die BILD-Reporter“. Die größte Tageszeitung Griechenlands schreibe über den „Bild“-Reporter in Athen: „Der Provokateur aus Berlin“. Der Einstieg: „Griechenland, ein Land wie im Fieber. Und wenn die Griechen gerade mal nicht über ihre Schuldenkrise debattieren, dann reden sie über – BILD [...]!“ In Ich-Form berichtet der „Bild“-Reporter, wo er schon

überall war, mit wem er gesprochen hat, wie die Reaktionen sind. Bei der Drachmen-Verteil-Aktion sei er von TV-Kameras umringt gewesen. In dem Text wird ein Grieche zitiert, der Folgendes gesagt habe: „Eure Kritik ist sehr hart. Aber mit einem habt ihr recht: Viele Griechen haben diese Krise nicht kapiert.“ Und der Text schließt: „PS: Aber ich habe mit vielen griechischen Journalisten-Kollegen gesprochen – und ihnen versichert: Ich liebe dieses Land und seine Menschen.“

Prominent wird auch Kritik an den Hilfsmaßnahmen aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ abgedruckt, unter der Überschrift: „BILD nicht allein mit der Kritik an Milliarden-Hilfen“.

Und der Kommentar: „Lernt ihr es eigentlich NIE ...?“ Gemeint sind die Politiker, und die Argumentation verläuft so: „Gierige Banker und Spekulanten“ hätten die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise verursacht. Dann baten sie um Hilfe und „der Staat, wir alle, haben sie rausgehauen“. Dann wollte die Politik ihnen das Handwerk legen. Das geschah nicht, jetzt zocken sie wieder, gegen Griechenland, und wieder würden Steuergelder investiert. Wenn die Bundesregierung schon machtlos sei, dann möge sie wenigstens ehrlich sein: „Sie sollte den Bürgern sagen: Wir sehen keine Alternativen für die Milliardenhilfe an die Griechen – aber die Kohle ist weg [...]!“

Auf beinahe der gesamten Seite 2 werden unter der Dachzeile „Milliarden für Griechenland“ und der Headline „Und was ist mit uns?“ Bürgerinnen und Bürger dargestellt, die von ihren beengten wirtschaftlichen Verhältnissen

berichten. Ein Text am Fuß der Seite hat die Dachzeile: „Inflation, Rente, Lebensversicherung“ und die Headline: „Wie sicher ist jetzt noch mein Ersparnis?“ Auch hier klärt „Bild“ wieder einmal „die wichtigsten Fragen“, und die Experten geben fast immer Entwarnung.

Am 3. Mai wird auf Seite 2 ein zufriedener griechischer Ministerpräsident abgebildet, neben ihm ein nachgebildeter Scheck über 110 Milliarden Euro an „die Schuldenhallodris in Athen“, ausgestellt von „wir Steuerzahler-Deppen“, und im Zentrum die Headline: „Pleite-Grieche kriegt den dicksten Scheck der Geschichte“. Der Text beginnt: „Jetzt fließen die Milliarden [...]“. Erneut wird suggeriert, es fließe real Steuergeld, es gehe um Bargeld, als müsse alles sofort und als müsse alles von Deutschland aufgebracht werden; das wird insbesondere mit dem fingierten Scheck suggeriert. Mitten im Text dann ein langes Zitat von Finanzminister Schäuble, er sei „zuversichtlich“, dass der Steuerzahler keinen Schaden nehmen werde, und die Information, dass Deutschland in den nächsten drei Jahren Darlehen in Höhe von 22,4 Milliarden Euro überweisen müsse „und der deutsche Steuerzahler haftet, wenn die Griechen nicht zurückzahlen können“. (Ergänzung: Oder er verdient Geld, weil Deutschland sich dieses Geld günstig leiht und teurer verleiht.) Ausführlich wird dann noch über das Sparpaket in Griechenland berichtet.

Am Rand ein Text: „Was man mit 110 Mrd. Euro tun könnte?“ Die Ideen von „Bild“: Straßenschäden beseitigen, 2000 Euro Einmalzahlung an jedes kindergeldberechtigte Kind, Rentenbeitrag senken, Mehrwertsteuer senken.

Im Interview – Headline: „Griechenland muss Einzelfall bleiben!“ – mit Volker Kauder, dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, lautet die erste Frage: „Zig Milliarden für Griechenland. Müssen wir uns auf Jahre Steuerentlastungen abschminken?“ Kauder: „Nein. Wir geben den Griechen ja kein Steuergeld, sondern nur ein Darlehen.“ Frage: „Was wird aus dem Aufschwung?“ Kauder: Da kein Steuergeld fließe, sei der nicht in Gefahr. Frage: „Wäre es nicht besser, die Griechen bankrott gehen zu lassen?“ Kauder: Nein, denn dann habe man es mit einer Krise zu tun, die nicht mehr beherrschbar sei. Frage: „Glauben Sie, dass wir das Milliarden-Darlehen jemals wiedersehen?“ Kauder: „Die Voraussetzungen sind gut.“ Letzte Frage: „Und als Nächste kommen Portugal oder Spanien?“ Kauder: „Griechenland muss ein Einzelfall bleiben.“

Das ist fast ein pädagogisches Interview: „Bild“ stellt all die Fragen, die sich die Leute an den Stammtischen stellen oder von denen „Bild“ denkt, dass sie an den Stammtischen gestellt werden, oder die tatsächlich an den Stammtischen gestellt werden, weil „Bild“ sie schon so oft gestellt hat, und Volker Kauder kann auf alle Fragen eine Antwort geben und versuchen, die Leser zu beruhigen.

Es wird noch das Thema behandelt: „Warum werden die Banken nicht beteiligt?“ Der Tenor des Textes: Die Banken kassierten im Zusammenhang mit der Griechenland-Krise hohe Zinsen und trügen kein Risiko, dieses trage der deutsche Steuerzahler. Es werden der „Finanzexperte Wolfgang Gerke“ und der „Chef der Wirtschaftsweisen Wolfgang Franz“, mit sehr

kritischen Stellungnahmen über die Banken zitiert ebenso wie Garrelt Duin, der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Der Text schließt mit der Spekulation, deutsche Unternehmen wollten sich an der Hilfe freiwillig beteiligen, und die Deutsche Bank wolle das organisieren.

Am 4. Mai steigt „Bild“ erneut auf Seite 1 ein: „Warum brechen unsere Politiker diesen EU-Vertrag?“ Grafisch eingebaut ist ein Satz aus Artikel 125: „Ein Mitgliedsstaat haftet nicht für die Verbindlichkeiten eines anderen.“ Der erste Satz des Textes lautet, auf Seite 1: „Die Milliarden für Griechenland fließen.“

Der Aufmacher auf Seite 2 ist – in Fortsetzung von Seite 1 – einer Aktion gewidmet: „Liebe Politiker, würden Sie mit Ihrem Privatvermögen für die Griechen-Milliarden bürgen?“ Und: „Liebe Leser, schicken Sie diesen Brief an Ihren Abgeordneten.“ Der Tenor des Textes: Die Milliardenhilfe komme in Fahrt, der deutsche Steuerzahler bürgere. „Namhafte Juristen und Wirtschaftsexperten warnen dagegen vor einem schlimmen Verstoß gegen den EU-Vertrag.“ Klagen würden vorbereitet. Die Regierung schweige über die Frage, wie teuer die Hilfe „für uns“ werde. Es gibt deshalb einen Brief, den die Leser ausschneiden und an ihren Abgeordneten schicken können, „bevor es zu spät ist“. Der Inhalt: In dieser Woche werde abgestimmt über die Hilfe. Die Bundesregierung behaupte, „dass kein Steuergeld nach Griechenland fließt und Deutschland nur für Kredite bürgt, die pünktlich zurückgezahlt würden. Für den deutschen Steuerzahler gebe es deshalb kein nennenswertes Ausfallrisiko.“

Wenn dem so ist: Sind Sie bereit, für diese Bürgschaft an die Griechen auch persönlich zu bürgen? Und zwar in Höhe Ihrer Abgeordneten-Diäten für ein Jahr?“

Auf Seite 2 nützt „Bild“ auch das Interview mit „EADS-Chef Gallois“, um nach der Gefahr für den Euro infolge der Griechenland-Krise zu fragen und nach der Gefahr einer zweiten Finanzkrise. In der Hauptsache dreht sich das Interview um den Airbus A380, die neuen Bestellungen, die Konkurrenz in den USA und die Suche nach Fachkräften. Trotzdem lautet die Headline: „Bricht der Euro wegen der Griechenland-Krise auseinander?“ Gallois hat auf diese Frage übrigens gesagt: „Jeder will das verhindern, weil eine stabile Euro-Zone wirtschaftlich unser bester Schutz ist.“

Auch die Kolumne ist an diesem Tag dem Griechenland-Thema gewidmet: „Beim eigenen Geld sind die Politiker gaaaaanz vorsichtig“. Hugo Müller-Vogg fragt Politiker danach, wie sie ihr Geld anlegen. Hans Eichel und Matthias Machnig outen sich als bekennende Griechenland-Anleihen-Käufer, alle anderen sind vorsichtig: keine Aktien, eher Immobilien oder eine Mischung. Um Griechenland geht es in diesem Text auch nur in den ersten Zeilen. Trotzdem ist die Headline allein diesem Thema gewidmet.

In einem kleineren, schwarz unterlegten Text wird geschildert: „So müssen die Griechen sparen“.

Am 5. Mai gibt es auf Seite 1 einen ‚kleinen Aufmacher‘ mit der Dachzeile „Pleite-Griechen“ und der Headline „Heute Generalstreik“. Der erste Satz: „Die Milliarden-Hilfen sollen

fließen, aber die Pleite-Griechen rufen heute erst mal zum Generalstreik auf!“

Dieser Text wird auf Seite 2 weitergeführt unter der Headline: „Können die Griechen das Sparpaket überhaupt stemmen?“ Auch hier: „BILD klärt die Fakten.“ Es folgt eine recht differenzierte Darstellung der innenpolitischen Lage in Griechenland.

Die Kolumne an diesem Tag widmet sich der Tatsache, dass Parlamentspräsident Lammert „öfter gegen die Kanzlerin“ stimme. Auch dieser Text beginnt mit dem Griechenland-Thema: „Es gärt unter den Abgeordneten der CDU/CSU. Dass der Staat Spekulanten mit Griechenland-Anleihen rettet, stört mehr als das knappe Dutzend Abgeordneter, die in der Fraktion gegen das Hilfspaket gestimmt haben. Prominentester Nein-Sager: Bundespräsident Norbert Lammert.“

Erneut wird an diesem Tag das Thema der Statistik-Fälschungen der Griechen behandelt, dieses Mal jedoch aus einer neuen Perspektive: „Wer hat die Griechen eigentlich in den Euro gelassen?“ Der Tenor des Textes: „Dann will’s wieder keiner gewesen sein [...]“. Die EU-Kommission habe den Beitritt empfohlen, in Deutschland habe ihn die rotgrüne Regierung Schröder durchgesetzt, gegen die Kritik der damaligen Opposition aus CDU/CSU und FDP. Dass die Zahlen gefälscht gewesen seien, habe damals niemand gewusst, denn „die falschen Zahlen flogen erst 2004 auf“.

Der Kommentar an diesem Tag widmet sich den Banken: „Auch Banker müssen zahlen!“ Ein freiwilliger Beitrag reiche nicht, in Anbetracht dessen, was die Banken und Finanzkonzerne

verdient hätten. Deshalb: „Es muss rasch geklärt werden, wie die Banken richtig in die Pflicht zu nehmen sind.“ In der Marktwirtschaft müsse jeder das Risiko übernehmen: „Vollkasko für Banken ist das Gegenteil. Ludwig Erhard würde sich im Grabe umdrehen.“

Dazu passt das Interview daneben: „Von den EU-Hilfen profitieren vor allem griechische Banken!“ Ein Interview mit „Vermögensverwalter Bert Flossbach“. Wie es im Land aussehe, lautet die erste Frage: Es gebe unzählige Beispiele des Missbrauchs öffentlicher Gelder. Die zweite Frage: „Sind vor diesem Hintergrund die Milliardenhilfen der EU richtig?“ Antwort von Flossbach: „Nein, denn mit den Milliarden wird nicht dem Land geholfen, sondern vor allem Banken und Spekulanten.“ Und: „Am meisten profitieren aber die griechischen Banken.“ Zwei von ihnen gehörten zudem „zum Teil Milliardenärsfamilien“. Die nächste und letzte Frage: „Können die EU und der IWF Griechenland zum Sparen zwingen?“ Flossbach: „Nein, das geht nicht und die Maßnahmen taugen auch nicht.“ Und: „Es ist völlig unklar, wie Griechenland seine Schulden reduzieren will.“

Am Fuß der Seite dann ein vierspaltiger Text: „BILD-Leser machen Druck auf ihre Abgeordneten“. Der Fettvorspann lautet: „Die Welle gegen die Griechenland-Finanzhilfe (bis 22,4 Mrd. Euro) rollt.“ „Die ersten BILD-Leser“ hätten den Brief an die Abgeordneten geschickt, die Vorlage von „Bild“ sei im Internet „mehrere tausend Male“ abgerufen worden.

Der Aufmacher von „Bild“ am 6. Mai: „Tote in Athen! Schwere Krawalle in Griechenland+++Demonstranten verbrennen drei Men-

schen+++Aktien und Euro rutschen weiter ab+++Kanzlerin verteidigt Milliarden-Hilfe“. Der Einstieg in den Text, noch auf Seite 1: „Die Griechenland-Krise spitzt sich dramatisch zu!“

Auf Seite 2 folgt ein mit vier Fotos bebildeter Bericht über die Auseinandersetzungen in Athen; zusätzlich wird der „Bild“-Reporter inmitten der Demonstranten gezeigt. Die Headline: „Molotow-Cocktails töten 3 Menschen in einer Bank“. Auch in diesem Text präsentiert sich „Bild“, unabhängig vom Foto des „Bild“-Reporters, gleich zu Beginn: „Wir, die BILD-Reporter, waren Zeugen der Gewalt.“ Der Text schildert ausführlich die Gewaltaktionen von verummten Demonstranten.

Am 6. Mai dann auch eine „Bild“-Analyse der Regierungserklärung von Angela Merkel: „[...] und hier erklärt die Kanzlerin, warum wir den Griechen Milliarden zahlen“. Auch hier präsentiert sich „Bild“ zunächst so: „BILD analysiert die wichtigsten Sätze aus ihrer Regierungserklärung: [...]“. Der Tenor der Analyse: Griechenland sei in Not, die Hilfe alternativlos, es gehe um Europa und um die eigene Währung, sagte Merkel. „Die Kanzlerin will die Deutschen bei ihrem empfindlichsten Nerv packen: der Angst ums Geld, die besonders stark bei den 20 Millionen deutschen Rentnern umgeht.“ Und in die Formulierung von Merkel, in der Vergangenheit seien Probleme selten direkt angesprochen worden, liest „Bild“ hinein, Merkel kritisiere damit, dass Griechenland sich „in den Euro gemogelt habe“, und sie gestehe ein, „selbst die Augen zugedrückt zu haben“.

An diesem Tag nimmt „Der blutige Tag von Athen“ auch große Teile von Seite 3 ein. Der Aufmacher auf dieser Seite, ebenfalls mit vier Fotos bebildert, trägt die Überschrift: „Kann unser Geld die Griechen überhaupt noch retten?“ Die Unterzeile: „BILD beantwortet die wichtigsten Fragen zur Staatskrise“. Die nach „Bild“ wichtigsten Fragen sind: Droht ein Bürgerkrieg („Bild“ selbst kommt nach einigen Zeilen zu dem Schluss: „Ein Bürgerkrieg droht also wahrscheinlich nicht“), wann bekommt Griechenland wie viel Geld, ist Griechenland überhaupt noch zu retten, wann wird das Geld zurückgezahlt, „wann kommt der deutsche Steuerzahler ins Spiel“, fließen die Kredite auch, wenn die Griechen das Sparpaket nicht umsetzen? Also auch an diesem Tag die alten Fragen in einer unaufhörlichen Wiederholungsschleife.

Der nächste Text: „Wie sicher ist jetzt noch mein Griechenland-Urlaub?“ Und: „Jetzt droht auch Portugal die Schuldenkrise?“ Dieser Text beginnt so: „Die weltweite Wirtschaft gerät durch die gewaltsamen Proteste in Griechenland weiter unter Druck! Einer der größten Verlierer: unser Euro!“

Der Kommentar auf Seite 2 trägt die Überschrift: „Das griechische Drama“. Auch an diesem Tag dreht sich der Kommentar um die einzige Frage, über die „Bild“ von Anfang berichtet: Ist es so schlimm, wenn Griechenland bankrott geht? Wohin geht unser Geld? Die Argumentation: „Tote in Athen, der Euro im Sinkflug, Sorge um unser Geld.“ Zuerst wird die Lage mit erheblichem Aufwand dramatisiert: Die EU stehe vielleicht sogar vor ihrer größten Bewährungs-

probe seit der Gründung „vor 17 Jahren“. Die Politik müsse jetzt einen kühlen Kopf bewahren. Dann folgt sofort der Absatz: „Es wäre nicht das Ende Europas und auch nicht das Ende Griechenlands, wenn der überschuldete Staat in die Insolvenz ginge und geordnet umschulden müsste.“ Es müsse auch nach einem solchen Tag die Frage gestellt werden, wohin „unsere Milliarden eigentlich“ gehen. „Ist dem Euro und Griechenland wirklich geholfen, wenn in einem womöglich instabilen Land Milliarden um Milliarden versickern?“

Am 7. Mai der Aufmacher auf Seite 2: „Griechenland trauert um die Toten“. Und die Unterzeile: „Und beschließt im Parlament das Sparpaket“. Franz Josef Wagner schreibt: „Liebes weinendes Griechenland [...]“, und gedenkt in seiner Art der Toten: „Was ist das ganze Scheißgeld gegen den Verlust von drei Menschen?“

Und der Bericht: „Heute verabschiedet der Bundestag die Milliardenhilfe“. Der Text beginnt: „Es sollte die ganz große Koalition der Griechen-Retter werden.“ Es wird geschildert, wie SPD und Union noch versuchten, eine gemeinsame Position zu finden. Das sei dann an der FDP gescheitert. Der fettgedruckte Schlusssatz: „Die wahrscheinlich bedeutendste Parlaments-Abstimmung des Jahres – begraben unter einem Streit ums Kleingedruckte.“

Ein Text noch über: „Westerwelle zur Griechenland-Hilfe“, so die Beizeile, und die Hauptzeile lautet: „Wir brechen keine EU-Verträge!“ Der Textbeginn: „Die umstrittenen Milliarden-Hilfen für Griechenland verstoßen nicht gegen geltendes Recht!“ In dem Text wer-

den wichtige Positionen von Außenminister Westerwelle wiedergegeben, ohne jegliche zusätzliche Wertungen von „Bild“.

Der Kommentar stammt an diesem Tag von Ernst Elitz, dem ehemaligen Intendanten des „Deutschlandradios“. Die Überschrift: „Bündnis gegen Lügen“. Der Tenor: „Journalisten sind Wahrheitsfanatiker.“ Sie seien dem Bürger verpflichtet, das hätten sie „in der Griechenland-Krise bewiesen“. So hätten Journalisten aufgedeckt, wer an Krisen verdiene, hätten Stopp gesagt, als die Griechenland-Hilfe flott durchgewunken werden sollte. Nun müssten „die Griechen Woche für Woche Rechenschaft ablegen“. Das sei „keine Griechenland-Hetze, wie einige Politiker meinen“. Journalisten hätten auch Fragen gestellt: Wie es zu den Fälschungen kommen konnte, warum die Zahlen nicht geprüft worden seien. „Die Journalisten haben ein Bündnis mit dem Bürger geschlossen – gegen Euro-Ramsch, für eine Währung, mit der jeder sicher leben kann.“ „Bild“ wird in diesem Text von Elitz zwar nicht erwähnt, aber faktisch kommt dieser Kommentar einer Heiligensprechung der Griechenland-Kampagne von „Bild“ gleich.

Am 8. Mai dann der Aufmacher auf Seite 2: „22,4 Mrd. Euro bis 2012 – Bundestag beschließt Griechenland-Hilfe“ und dann die Hauptzeile: „Versinken hier unsere Milliarden?“ Bebildert ist der Text mit einem großen Foto, das Abgeordnete zeigt, wie sie ihre Stimme im Bundestag abgeben, inmitten der Abgeordneten eine lächelnde Kanzlerin. Der Text beginnt: „Der Weg für die umstrittenen Milliarden-Hilfen an Griechenland ist frei! Und aus

„Madame Non‘ wurde ‚Madame Oui!‘“ Es werden recht sachlich der Ablauf des Tages, die Stellungnahmen von Merkel, Westerwelle und Gabriel sowie die Vorgeschichte – wie Merkel nach und nach unter dem Druck der Märkte nachgegeben habe – geschildert und sehr darauf geachtet, dass – wie immer – die Risiken stark betont werden. In wertenden Anmerkungen merkt „Bild“ an: „Das Geschäft ist für die deutschen Steuerzahler jedoch hoch riskant.“ Und: „Jetzt fließen also Milliarden für die Griechen – und am Ende sagte auch die Kanzlerin viel schneller JA als erwartet.“ In diesen Text ist noch der Titel eines früheren „Bild“-Aufmachers eingeklinkt, mit dem Merkel geraten wurde, sie solle bei ihrem Nein bleiben.

Oben ein Text zum Thema: „Entscheiden die Griechen die NRW-Wahl?“ Im Vorspann heißt es, die Bürger entschieden dort auch über die künftige Bundespolitik. „Und über die Frage: Gibt’s einen Denkmittel für die Griechen-Hilfe?“

In der rechten Spalte findet sich ein kleiner Text: „Sarrazin zweifelt an Griechenland-Rettung“. Griechenland plane mit unrealistischen Zahlen, und es gebe viele offene Fragen.

In einer Kurzmeldung wird berichtet: „Banken geben 8 Milliarden für Griechenland“. Mehrere Banken und Versicherungen wollten Anleihen kaufen.

Der Kommentar („Verkauft uns nicht für dumm!“) zielt darauf ab, die Politiker sollten doch die Wähler nicht für dumm verkaufen. Jeder wisse doch, dass ein Lottogewinn wahrscheinlicher sei als die Rückzahlung der Kredite. Und jeder wisse, dass die Kredithilfe auch nicht alternativlos sei, wie die Kanzlerin be-

haupte: „Mit Umschuldung und Austritt aus dem Euro gibt es einen anderen Weg – den jetzt schon zu gehen sich nur keiner traute.“ Und der Schluss: „Die Banken-Krise Ende 2008 hat Angela Merkel souverän gemeistert. Doch im Griechenland-Sturm ist sie eine Getriebene. Das bleibt haften.“

Am 10. Mai wird auf Seite 1 in den Titel über die Wahl in Nordrhein-Westfalen auch das Thema Euro eingeschmuggelt: „NRW wählt Schwarz-Gelb ab! Drama um den Euro! Was nun, Kanzlerin?“

Dann auf Seite 3 ein Bericht, der von der nächsten Krise berichtet: „600 Milliarden? EU will Euro vor Spekulanten retten“. Und die Unterzeile: „Dramatische Nachtsitzung in Brüssel“. Der Text beginnt: „Das Schuldendrama um Griechenland reißt den Euro immer tiefer in die Krise!“ Das Thema: Die EU erwarte neue Attacken von Spekulanten auf den Euro. Es wird der schwedische Finanzminister Anders Borg mit den Worten zitiert, das seien Angriffe wie von einem Wolfsrudel.

Am 11. Mai dann auf Seite 1 die Schlagzeile zur neuen Lage und dem uralten Thema: „750 Milliarden für Pleite-Nachbarn, aber Steuersenkung gestrichen“. Es folgt in größer werdender Typografie: „Wir sind wieder mal Europas Deppen!“ Der Text beginnt auf Seite 1: „Es ist unfassbar!“ Und wiederholt dann erst einmal die Headline.

Der Aufmacher auf Seite 3, bebildert mit einem Roulette-Tisch, ist überschrieben mit: „Milliarden-Roulette“ und „So setzen die Politiker den Euro aufs Spiel“. Der Textbeginn: „Endspiel um den Euro. Und der Ausgang of-

fen.“ Und weiter: „Bundeskanzlerin Merkel sagt: ‚Wir schützen das Geld der Menschen in Deutschland.‘ WIRKLICH?“ Es gehe um „750 Mrd. Euro Kreditlinien“. Den Hauptanteil bis 123 Mrd. Euro stelle Deutschland. „Werden sie nicht zurückgezahlt, blecht der Steuerzahler. So wie beim Griechenland-Paket.“ Wenn Länder unter der Last ihrer Schulden in die Knie gingen, dann müssten diejenigen Länder bezahlen, „die in den letzten 10 Jahren nicht massiv über ihre Verhältnisse gelebt haben. Und das sind vor allem die Deutschen.“ Zudem würden viele Elemente der Euro-Verträge übergangen, beispielsweise, dass es der EZB untersagt sei, Anleihen von Euro-Staaten zu kaufen. Außerdem, dass die Verträge ausschließen, dass ordentlich wirtschaftende Staaten „für Schulden-Halodris einspringen“. Weiter: „UM DEN EURO ZU RETTEN, SETZEN DIE POLITIKER DEN EURO AUFS SPIEL. WARUM? WAS SETZT SIE SO UNTER DRUCK?“ Die Antwort von „Bild“, mittendrin, ganz kurz, weder unterstrichen noch gefettet, sondern ganz normal: „Da streckt auch Angela Merkel die Waffen. Sie weiß: Die Politik ist von Banken und Finanzmärkten erpresst worden. Wieder einmal.“ Merkel habe dann noch sinnvolle Begrenzungen durchsetzen können. „Trotzdem: Vom ursprünglichen Euro-Stabilitätsvertrag ist nun fast nichts mehr übrig.“

Ein weiterer Text ist mit der Frage überschrieben: „Untersuchungs-Ausschuss wegen Griechenland-Hilfe?“ Politiker von CDU und FDP fordern, die Hintergründe der Euro-Krise genau aufzuklären. Die Abgeordneten Kai Wegner, „der CDU-Wirtschaftsexperte“, Marco

Buschmann, „der FDP-Rechtsexperte“, und Oliver Luksic, „FDP-Europaexperte“, wollen aufklären, wie sich Griechenland „mit falschen Daten“ in die Eurozone schleichen konnte und wer dafür verantwortlich ist.

Auf Seite 3 der Kommentar: „Rettet den Euro!“ Der Tenor: Der Euro bringe viel Gutes, die Deutschen hätten für seine Stabilität jahrelang hart gearbeitet, gespart und Entbehrungen ertragen. Und nun geschehe, was die Väter des Euros, „allen voran Helmut Kohl“, nie gewollt hätten: „Dass Brüsseler Bürokraten nach Gutdünken Kredite herumreichen, für die auch die deutschen Steuerzahler geradestehen müssten.“ Angela Merkel, „die ‚Eiserne Kanzlerin‘“, habe sich überrollen lassen. „Wir haben die Zeche gezahlt – während andere auf unsere Kosten schamlos Party feiern konnten!“ Es werde deshalb vorerst keine Steuersenkungen geben. „Das ist die verheerende Botschaft: Die anderen haben Schulden über alle Maßen gemacht, wir müssen dafür den Gürtel noch enger schnallen!“

Am 12. Mai der Aufmacher auf Seite 2, bebildert mit Fotos von Westerwelle, Merkel und mehreren Ministern, mit der Dachzeile: „Kabinett beschließt bis zu 150 Milliarden Hilfe für Pleite-Nachbarn“ Und: „... wir zahlen die Zeche für das EU-Desaster“. Der Text beginnt mit dem Vorspann: „Milliarden-Kredite für die Nachbarn in Europa – und die Zeche zahlt der deutsche Steuerzahler. Hessens Ministerpräsident Koch kündigte gestern Sparen ‚ohne Tabus‘ an. BILD sagt, was uns droht!“ Es drohen „Bild“ zufolge wegen der EU-Hilfen möglicherweise: Inflation, Steuererhöhungen, Lohnneinbußen,

Kaufkraftverluste für Rentner, Entlassungen, geringere Leistungen von Kommunen, weniger Hilfen für Familien, ein geringerer Anstieg der Bildungsausgaben, als geplant.

Daneben ein langer Einspalter: „Griechen fordern die erste Rate“. In dem Text geht es zwar um etwas ganz anderes, eben um das neue Paket aus Kreditlinien, aber ganz am Schluss heißt es, die Griechen wollten wegen der verschärften Lage ihre erste Rate etwas früher. Und die Überschrift passt so gut in die Gesamtkomposition der Seite.

Ganz unten steht dann der Text mit der vielleicht spannendsten Überschrift: „Das sind die Gewinner der Krise“. Die Antwort von „Bild“: „Die Gewinner des gigantischen Rettungspakets der EU sind vor allem die Banken.“ Und weiter: „Die Steuerzahler helfen europaweit den Banken. BILD NENNT DIE FAKTEN.“ Interessanterweise profitieren die französischen Banken, die niederländischen Banken und die spanischen Banken, aber keine der deutschen Banken; diese spielen gar keine Rolle in dem Text.

An diesem Tag gibt es einen „Gast-Kommentar“ von Ulrike Daunheimer (38), Verkäuferin in Niedersachsen. Die Überschrift: „Und wer hilft mir?“ Sie listet auf, wie hart sie arbeitet, ihr Mann auch. Sie habe zwei Kinder, zusammen 1000 Euro im Monat zur Verfügung, was sie alles bezahlen muss und eigentlich benötige. „Wir bieten unseren Nachbarn Milliarden. Ländern, wo es jedes Jahr fette Gehaltserhöhungen gab. Wo die Renten immer nur eine Richtung kennen: nach oben! Wo Beamte tausend Privilegien haben.“ Und: „Ich habe die

Regierung gewählt, damit sie mich und mein Land vertritt. Nicht dafür, dass sie mein Geld riskiert.“

Am 14. Mai gibt es auf Seite 2 drei kürzere Berichte: „EU will Staatshaushalte kontrollieren“, Estland werde als 17. Staat den Euro einführen, und „Spanien und Portugal bauen Schulden ab“. Und „Bild“ bringt ein sehr langes Interview mit „Bank-Legende Hilmar Kopper über die Euro-Krise“. Die Headline: „Das dümmliche Gerede der Politiker macht alles noch schlimmer“. Der Tenor: Kopper sieht den Euro als „stark und widerstandsfähig“. Er mache sich Sorgen um die Politik. Die Hilfen seien richtig, nur zu zögerlich gekommen. Dann: „Der Euro ist ein Glücksfall für die deutsche Wirtschaft. Kein anderes Land profitiert von einem stabilen Euro so sehr wie Deutschland.“ Der Satz ist natürlich unterstrichen. „Bild“ fragt: „Die Politik spricht von einem Krieg der Spekulanten gegen den Euro.“ Kopper: „Das ist Unfug.“ Das Gerede von den an der Krise gut verdienenden Banken „und sogenannten Spekulanten [...] ist Blödsinn“. Die dramatische Situation in Griechenland „hat nur der griechische Staat zu verantworten – und die europäische Politik, die jahrelang weggeschaut hat“. In diesem Fall bleibt „Bild“ richtig am Ball und fragt immer wieder nach der Rolle und den Gewinnen der Banken in und an der Krise, um zuletzt zu ihrer Frage zu kommen, ob denn nicht doch der Steuerzahler immer der Dumme sei. Kopper aber hält durch: Die Banken handelten richtig, die Politik nicht, und den Finanzinstituten in Deutschland sei bisher vor allem mit staatlichen Bürgschaften geholfen worden. „Die ha-

ben den Steuerzahler bisher noch keinen Cent gekostet.“ Und als „Bild“ mit den hohen Schulden der EU-Staaten anfängt, antwortet Kopper erst einmal: „Schulden an sich sind ja nicht verwertlich.“ Sollte ein „Bild“-Leser dieses Interview überhaupt zur Kenntnis genommen haben, er würde feststellen: Huch, es gibt ja ein Denken und Leben außerhalb der „Bild“-Wirklichkeit. Mit diesem Interview erhält man ein, zwei Stellen die sonst geistig hermetisch und luftdicht abgeriegelte „Bild“-Welt des Hart-Arbeitens und Eisern-Sparens und Schuldensünder- rigoros-Bekämpfens winzige Löchlein.

Am 15. Mai bringt „Bild“ auf Seite 1 die ganz große Alternative in Erinnerung: „Finanzkrise“ und „Brauchen wir die D-Mark wieder?“ Der Text beginnt: „Die gigantische Schuldenkrise Europas erschüttert das Vertrauen in den Euro! Fast jeder 2. Bundesbürger (47 %) wünscht sich laut Allensbach-Umfrage die D-Mark zurück.“

Dann folgt der Aufmacher auf Seite 2: „Heute würde die D-Mark Millionen Arbeitsplätze vernichten!“ Der Tenor des langen Berichtes: Fast die Hälfte der Deutschen wolle die D-Mark zurück. Wäre das richtig? „Bild“ sagt in fetten Großbuchstaben innerhalb des Textes: „NEIN.“ Und noch einmal: „Die Rückkehr zur D-Mark wäre FALSCH, weil die deutsche Wirtschaft schweren Schaden nehmen würde!“ Mehrfach wird innerhalb des Textes diese Botschaft wiederholt: „Die Rückkehr zur D-Mark wäre FALSCH, weil die Firmen kräftig Arbeitsplätze abbauen müssten!“ Und an anderer Stelle: „Die Rückkehr zur D-Mark wäre FALSCH, weil sie die Unternehmen Milliarden kosten würde!“ Und:

„Die Rückkehr zur D-Mark wäre FALSCH, weil sie Europa in eine neue Wirtschaftskrise stürzen würde!“ Der Text ist in solche Thesen gegliedert, die dann jeweils mit Daten und Stellungnahmen belegt werden. Die deutschen Waren würden teurer werden, die vielen Staaten, die sie kaufen sollten und wollten, könnten das dann nicht mehr. Es werden mehrere Spitzenmanager zitiert, die darlegen, wie sehr Deutschland vom Euro profitiere. „Bild“ wartet dabei richtig mit Zahlen auf: 63 Prozent aller deutschen Ausfuhren gingen in 27 EU-Länder, 43 Prozent aller Exporte „gehen in 16 Euro-Länder“. Das Schlusszitat: „Metro-Vorstandschef Eckhard Cordes zu „Bild“: ‚Eine Rückkehr zur Mark würde Deutschland isolieren, Europa zerreißt und damit unser Land und den Kontinent in eine neue Wirtschaftskrise stürzen!‘“

Ein Text, wie die Thesen von Martin Luther an die virtuelle Pinnwand der Nation genagelt: Die D-Mark zurück, die wir lieben? Nein, denn sie ist des Teufels! Was ist das? Die von den politischen und wirtschaftlichen Eliten erzwungene Richtigstellung? Die Vollbremsung von „Bild“? Das Dementi der wochenlangen Kampagne, wie gefährdet der Euro ist? Zumindest ist es in Verbindung mit dem langen Interview mit Kopper vom Vortag eine Vollbremsung und wirtschaftspädagogische Aufklärungsveranstaltung für das „Bild“-Publikum unter Aufbietung der ersten Reihe der deutschen Wirtschaft: der Vorstandsvorsitzenden von Siemens, Metro und RWE.

Es gibt auf dieser Seite einen weiteren Bericht, und zwar über den Besuch der Kanzlerin auf dem Ökumenischen Kirchentag in Mün-

chen. Das „Bild“-Publikum erfährt, dass das, was die Griechen tun, auch die Deutschen getan haben: „Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt“, so die Headline, ein Zitat der Kanzlerin. Merkel habe auf dem Kirchentag für ihren Sparkurs geworben: „Wir können nicht auf Dauer über unsere Verhältnisse leben!“

Ein Thema, das „Bild“ in einem langen Interview weiterführt: Auch die Deutschen müssen sparen. Auf Seite 2 spricht „Bild“ mit „Ex-CSU-Chef Edmund Stoiber, ein großer Konservativer: der bayerische Ex-Ministerpräsident und heutige CSU-Ehrevorsitzende“, unter der Headline „Wer nicht spart, fliegt aus der EU!“ Der Tenor und Dreh- und Angelpunkt, um den sich Fragen und Antworten drehen: Wie können Regeln eingeführt werden, damit der Euro anhaltend so hart ist, wie die D-Mark es war. Kernsätze von Stoiber: „Die gigantischen Milliarden-Garantien sind jedoch nicht die Lösung.“ Sie verschafften nur eine Atempause. Der Kern sei „ein ehrgeiziges Sanierungs- und Sparprogramm“ in allen EU-Staaten, „sonst werden wir bald einen weichen statt harten Euro haben“. Es müsse härtere Sanktionen gegen Finanzsünder geben. Wenn ein Staat anhaltend nicht spare, „dann müssen ihn die übrigen Mitglieder der Euro-Zone ausschließen können“. Auch die Deutschen seien zum Sparen verdammt, selbst wenn das besonders bitter sei, „weil wir gleichzeitig von fleißigen Deutschen erarbeitetes Geld als Garantie für Euro-Sünder geben müssen“. Aber: „Weiter so geht nicht mehr!“ Die unterstrichenen Schlussätze: „Die Bilder aus Griechenland müssen uns endgültig die Augen öffnen, wohin eine Politik der Verschuldung

führt. Wenn der Staat heute nicht spart, dann stehen auch die Deutschen irgendwann auf der Straße wie die Griechen!“

An diesem Tag gibt es erneut einen Kommentar von Ernst Elitz, der so vorgestellt wird: „Prof. Ernst Elitz ist Gründungsintendant des Deutschlandradios.“ Die Überschrift: „Ohne den Euro geht es nicht“. Der Tenor: Deutschland war mit der D-Mark erfolgreich und „glücklich“, die „mit Schwielen an den Händen verdient“ worden sei. In die neue heutige Welt passe eine D-Mark nicht mehr. „Wir waren in die D-Mark verliebt, denn sie hat uns stark gemacht. Wir werden sie nie vergessen! Aber um wirtschaftlich stark zu bleiben, brauchen wir jetzt einen starken Euro und kein Zurück in eine glückliche Postkarten-Zeit.“

Am 17. Mai gibt es die kurze Meldung: „Finanzkrise kostet 150.000 Jobs“. Das melde das Institut der deutschen Wirtschaft (IW). Trotzdem gehe die Zahl der Arbeitslosen insgesamt zurück.

An diesem Tag auch ein Kommentar zu den aktuellen Sparkonzepten: „Spart nicht an der Bildung!“ Die Argumentation: Erst Rettungspakete für die Banken, dann für den Euro. Da müsse gespart werden. Aber nicht an der Bildung, denn: „Schlecht ausgebildete Kinder von heute sind die Arbeitslosen von morgen und die Hartz-IV-Empfänger von übermorgen.“ Deshalb: „Hier zu sparen kann teuer werden – sehr teuer.“

In einem „BILD-Interview mit SPD-Chef Sigmar Gabriel“ spricht „Bild“ auch die Frage an, ob die SPD nun dem 750-Mrd.-Euro-Hilfspaket zustimme. Gabriel: Der Euro müsse stabilisiert

werden. Und: „Aber wir sagen genauso klar: Die Zocker und Spekulanten müssen die Kosten tragen, nicht die Steuerzahler.“ Mit einer europäischen Finanzmarktsteuer könne Deutschland allein jährlich bis zu 20 Milliarden Euro einnehmen.

In einer Kurzmeldung wird berichtet, die Regierung plane keine Steuererhöhung.

Am 18. Mai die zweispaltige Meldung auf Seite 1: „Euro-Krise stoppt Aufschwung nicht!“ Das Institut der Wirtschaft erwarte steigende Wachstumsraten, da der Export wieder sehr stark werde.

Und ein vierspaltiger Bericht auf Seite 2 oben: „Schäuble wieder zurück im Amt! Aber der Euro-Kurs fällt und fällt [...]“. Der Text beginnt: Der Euro stehe inzwischen bei 1,22 Dollar und damit so tief wie seit 2006 nicht. Schäuble sei wieder aus dem Krankenhaus und bei der Arbeit. „Trotz Sitzungsmarathon und Dauertelefonaten – der Euro fiel gestern zunächst weiter, sackte in den frühen Morgenstunden auf den tiefsten Stand seit vier Jahren (1 Euro = 1,2234 Dollar) [...].“

Am 19. Mai die mit zwei Fotos – einmal Passfoto, einmal in durchsichtigem Netzhemd – bebilderte Geschichte: „Griechen-Politikerin tritt zurück ... weil ihr Mann 5 Millionen Steuerschulden hat“. Die Tourismusministerin, einst Topmodel, habe zurücktreten müssen, als die Behörden herausfanden, dass ihr Mann Steuern hinterzogen habe. „Steuerhinterziehung ist in Griechenland kein Kavaliersdelikt mehr.“

Und ein längerer Text behandelt das Thema: „Finanzkrise“ und „Wie hart trifft uns der Sparhammer?“ Im Vorfeld der Klausurtagung der

Bundesregierung berichtet „Bild“: „DER SPARHAMMER – BILD SAGT, WAS IM GESPRÄCH IST“. Und im fett gedruckten Vorspann wird gleich mitgeteilt, wer daran schuld hat: „Die Euro-Krise zwingt auch die Bundesregierung zu einem knüppelharten Sparkurs!“

Am 20. Mai ein Text über die Regierungserklärung von Kanzlerin Merkel: „Kanzlerin Merkel“ lautet die Dachzeile und die Headline: „Europa ist in Gefahr!“ Unterzeile: „BILD analysiert ihre Brandrede im Bundestag“. Der Einstieg: „Mit dramatischen Worten“ habe Merkel „gestern im Bundesrat den gigantischen 750-Milliarden-Rettungsschirm für den Euro verteidigt“. Und dann folgt noch einmal der Hinweis – obwohl schon in der Unterzeile darauf hingewiesen wurde – in Großbuchstaben: „BILD PRÜFT DIE KERN-BOTSCHAFTEN DER KANZLERIN.“ Aus der Rede sind Kernsätze als Thesen herausgegriffen, und zu jeder These der Kanzlerin gibt „Bild“ selbst einen Kommentar ab oder zitiert einen Sachverständigen. These 1: „Wir schützen das Geld der Bürger.“ Das sei zwar richtig, sagt „Prof. Oliver Holtemöller vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)“, aber „es hätte bessere und billigere Lösungen“ gegeben, denn es werde auch das Geld der Banken geschützt. Und: „Die hätten stärker an den Kosten der Krise beteiligt werden müssen.“ These 2: „Der Euro ist in Gefahr.“ Dazu wird der „Wirtschaftsweiser Prof. Peter Bofinger“ zitiert, der sagt: „Nein! Der Euro steht im Vergleich zu Dollar, Pfund und Yen besser da. Der momentane Kursverlust ist völlig unproblematisch – die Märkte sind einfach hochneurotisch. Fakt ist: Die Neuverschuldung im Euro-Raum ist

vergleichsweise gering, das Kernland Deutschland kann heute zu niedrigeren Zinsen als je zuvor Geld aufnehmen.“ These 3: „Scheitert der Euro, scheitert Europa.“ Das kommentiert „Bild“ selbst: „Das kann keiner wirklich absehen.“ These 4: „Auch wir leben auf Pump.“ Die Antwort gibt „Bild“ und die geht so: „Bund, Länder und Gemeinden haben einen gigantischen Schuldenberg von 1,7 Billionen Euro angehäuft. Das sind umgerechnet knapp 21.000 Euro Schulden für jeden Bundesbürger. Zählt man die künftigen Finanzverpflichtungen dazu (z. B. Pensionsansprüche), beträgt die Staatsschuld sogar knapp acht Billionen Euro. Das hat Sozialexperte Prof. Bernd Raffelhüschen ermittelt. Seine Forderung: knallharter Sparkurs.“ These 5: „Die Finanzmärkte haben wie Brandbeschleuniger gewirkt.“ Darauf antwortet „Prof. Wolfgang Gerke, Präsident des Bayerischen Finanzzentrums: Ja! Die Brandstifter waren aber gewissenlose Politiker, die gegen Euro-Verträge verstoßen, im Fall Griechenland Statistiken gefälscht und die Philosophie der ehemaligen Deutschen Bundesbank verraten haben.“

Der Kommentar des Tages steht unter der Überschrift: „Sparen ja – aber nicht für Pleite-Staaten“. Die Argumentation: Wenn die Kanzlerin sage, auch wir Deutschen hätten über unsere Verhältnisse gelebt, dann stimme dies nicht, „wovon auch – angesichts konstanter Löhne seit Jahren, Nullrunden bei Renten? Über seine Verhältnisse lebt der Staat!“ Denn er rede vom Sparen, tue es jedoch nicht. Der Kommentator schlägt der Regierung eine Abmachung vor: „Wir Bürger“ sparten mit, „[...] aber nur, wenn das Geld auch in Deutschland bleibt

und nicht an Pleite-Staaten oder Gier-Banken fließt“. Wobei mit der geografischen Einschränkung klar ist, dass es innerhalb der deutschen Grenzen faktisch keine Gierbanken gibt.

Am 21. Mai folgt ein „BILD-Interview mit Baden-Württembergs Ministerpräsidenten“, so die Dachzeile, und die Headline lautet: „Warum müssen wir für die Griechen sparen, Herr Mappus?“ Die meisten Fragen drehen sich um den Euro: Ob die 750-Mrd.-Euro-Bürgschaften sein müssten, der Euro „wirklich in Gefahr“ sei, ob man den Euro retten könne, „indem man seine vertraglichen Stabilitäts-Grundlagen zerstört?“ Was die Euro-Rettung koste, ob „wir in Wahrheit nicht die Banken, die mit griechischen Anleihen verdient haben“, retten, ob „wir jetzt sparen (müssen), weil die Griechen über ihre Verhältnisse leben?“

Am 22. Mai dann auf Seite 2 der Aufmacher mit der Dachzeile „Euro-Rettungsschirm“ und der Headline „Kostet uns dieser Beschluss 148 Milliarden?“ Das große Foto zeigt die Kanzlerin inmitten von Abgeordneten, die alle zustimmend die Hand heben. Und unter diesem Text steht ein Kasten mit Zitaten von Politikern: dass die Kredite zurückgezahlt würden, dass es keine Steuererhöhungen geben werde, und so weiter. Die Überschrift: „Daran werdet Ihr gemessen, liebe Politiker“.

Der Kommentar hat die Überschrift: „Gegen alle Widerstände“. Mit ihm positioniert sich „Bild“ als das souveräne eigentliche Gegenüber der Politik, als Verfechter und Lordsiegelbewahrer eines stabilen Euros und eines stabilen Europas. Als ein Gegenüber, das fair verlieren kann, aber sich weiter als Mahner ein-

mischt und als Akteur, der die Tagesordnung bestimmen will. Und das geht so: Mit den Stimmen von Union und FDP habe der Bundestag „das größte Pleite-Staaten-Rettungspaket der Geschichte beschlossen“. Und: „BILD hat diese Entscheidung, mit der bewährte Grundsätze der Währungsstabilität und der Europäischen Union über Bord geworfen wurden, scharf kritisiert. Aber unsere Politiker sind auch dafür gewählt, damit sie frei und nach ihrem Gewissen entscheiden. Wenn es sein muss, auch gegen großen öffentlichen Widerstand.“ Das verdienne Respekt. Aber nun gehe es um Ziele, „für die ALLE Parteien kämpfen sollten. Kein Cent darf fließen, wenn die Pleite-Staaten nicht endlich zu sparen anfangen. Alle Profiteure der teuren Rettungsaktion, auch die Banken, müssen ihren Beitrag leisten. Und es muss Schluss sein mit der Schummelei! Europa ist schließlich nicht nur eine Währungs-, sondern auch eine Werte-Gemeinschaft.“

Am 25. Mai werden die sechs Koalitionsabgeordneten präsentiert, die das Euro-Rettungspaket abgelehnt hatten. Darunter ist auch Frank Schäffler, der bewährte „Bild“-Zitaten-Lieferant, mit der Stellungnahme: „Ich glaube, dass das Rettungspaket am Ende den Euro zerstört und Inflation bringt.“ Daneben steht ein kleiner Zweispalter: „Griechenland-Darlehen können gestoppt werden“. Es sei in den Verträgen festgehalten, dass Deutschland nicht zahlen müsse, „wenn der EU-Gerichtshof oder das Bundesverfassungsgericht die Kreditvergabe für rechtswidrig erklärt“.

Am 27. Mai präsentiert sich „Bild“ wieder einmal in eigener Sache: „SPD-Chef Gabriel“

und „Merkel hätte BILD stoppen sollen“, lautet die Überschrift eines kurzen Dreispalters auf Seite 2. Der Inhalt: In einem Interview mit der Wochenzeitung „Die Zeit“ habe Gabriel gesagt, Merkel hätte „die kritischen Berichte der BILD-Zeitung über die Finanzkrise Griechenlands stoppen müssen“. Gabriel wird im O-Ton so wiedergegeben: „Das wäre ihr Job gewesen!“ Und: „Da hätte sie sagen müssen: Das geht zu weit.“

Der zweite Text darunter, ein längerer Zweispalter am Fuß der Seite, hat die Dachzeile „Börsenbeben, Euro-Tief“ und die Hauptzeile „Funktioniert das 750-Milliarden-Rettungspaket nicht?“ Der Tenor: „Die Finanzmärkte kommen nicht zur Ruhe.“ Trotz des Paketes „beben die Börsen – und der Euro-Kurs sackt“. Der Leitindex DAX sei erst um vier Prozent gefallen und dann wieder um zwei Prozent gestiegen. Was nicht unüblich ist, wird bei „Bild“ zu einer „Berg- und Talfahrt“ und zu „Kurskapriolen“. Und es wird noch einmal mitten im Text in Fettdruck wiederholt, was zuvor in dem kurzen Text einschließlich seiner Headline in einer Spalte bereits viermal gestanden hatte: „Die Märkte fahren Achterbahn – funktioniert die Milliarden-Hilfe etwa nicht?“ Das ist das fünfte Mal, in vertrauten Variationen, innerhalb letztlich weniger Zeilen. Es wird dann ein Experte zitiert, der sagt, die Politik müsse schnell sagen, wo und wie sie sparen werde, dies werde die Märkte beruhigen. Für Unruhe Sorge auch die geplante Bankenabgabe, die von der EU-Kommission vorbereitet werde. Dazu sagt „CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt“ zu „Bild“: „Eine Verdopplung oder Verdreifachung der Bankenabgabe ist das Mindeste.“

Am 10. Juni gibt es in der Rubrik „Politik & Wirtschaft“ eine Kurzmeldung: „Griechisches Defizit sinkt“. Der Inhalt: Nach Angaben aus Athen sei das Haushaltsdefizit seit Jahresbeginn um 40 Prozent gesunken.

Am 11. Juni dann das: „Griechen-Schulden werden zum Problem für Wale“. Der Vorgang: Die griechische Regierung könne wegen ihrer Schulden die Beiträge zur Internationalen Walfang-Kommission nicht zahlen. Deshalb darf das Land an der nächsten Tagung nicht teilnehmen. Die Folge: „Deshalb wackelt jetzt die Mehrheit für eine Beibehaltung des Walfangverbots.“

Am 18. Juni ein kleiner Dreispalter auf Seite 2: „EU-Gipfel will weltweite Aktien-Transaktionssteuer“. Der Text beginnt: „Die EU will die Finanzmärkte bändigen und sie stärker für die Kosten der Finanzkrisen zur Verantwortung ziehen.“

Am 30. Juni gibt es auf Seite 1 zwei Meldungen: „Jeder zweite Deutsche wünscht sich D-Mark zurück“. „Bild“ bringt erneut eine Umfrage mit diesem Ergebnis. Der kurze Text, komplett im Fettdruck, dient auch als Teaser (Aufreißer) für die laufende „Serie zur D-Mark Seite 8“. Der zweite Text: „1. Wirtschaftsweiser warnt“ lautet die Dachzeile und die Headline „Austritt der Griechen aus dem Euro möglich!“ Peter Bofinger habe „in einer internen SPD-Präsidiumssitzung“ vor den Folgen gewarnt und „sagte zu BILD: Wenn die Lasten für Griechenland weiter steigen und die Arbeitslosigkeit nach oben geht, wird auch der politische Druck immer größer. Dann wird es immer mehr Stimmen geben, die sagen: Es lohnt sich für uns nicht länger, im Euro-Raum zu bleiben“.